

EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

Rechtsextremismus

debatte

Das Themenheft zum Mitreden

Begegnungen mit

- Alexander Häusler
- Michael Klarmann
- Manfred Rekowski
- Andrea Röpke
- Ilka Werner

**MUT-CHRISTEN
GEGEN RECHTS**

Rechtsextremismus: Nicht mit uns!



editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

rechtsextremes Gedankengut ist kein Randphänomen in unserer Gesellschaft. Studien belegen eine erschreckend hohe Zustimmung zu jüden-, fremden- und islamfeindlichen Aussagen. Vorurteile und Ressentiments stiften Unfrieden und Leid – und haben zum Beispiel auch dazu geführt, dass Ermittler die deutschlandweite Mordserie an türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern viel zu spät mit den Rechtsterroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) in Verbindung gebracht haben.

Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht sich im Kampf gegen Rechtsextremismus gefordert. Die Bibel weist uns dabei nicht nur mit Jesu Gebot der Nächstenliebe den Weg: Alle Menschen sind das Ebenbild Gottes. Deshalb sind alle in ihrer Würde gleich. Bibel und christliches Menschenbild widersprechen jeder Form von Diskriminierung. Doch die evangelische Kirche ist Teil der Gesellschaft. Auch evangelische Kirchenmitglieder hegen Vorurteile und Ressentiments, teilen jüden-, fremden- und islamfeindliche Aussagen. Das fordert Kirchen- und Gemeindeleitungen heraus.

Das vorliegende Heft thematisiert diese Herausforderungen, beleuchtet das Phänomen Rechtsextremismus im Dialog mit Fachleuten, stellt kirchliche Positionen und christliches Engagement gegen rechts vor. Einer der bekanntesten Aussteiger aus der rechten Szene berichtet über den schwierigen Weg in ein neues Leben. Tipps gegen Stammtischparolen runden das Themenheft ab.

Eine anregende Lektüre wünscht

Manfred Rekowski

Manfred Rekowski
Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland



Markthalle statt Finanzmarkt

Mit einem Darlehen der internationalen Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit haben die Markthändlerinnen von Cocovico eine eigene Markthalle gebaut. Sie bietet mehr als 5.000 Menschen Arbeit und Lohn.

Keine Zukunft ohne Gerechtigkeit. Ihre Geldanlage in Genossenschaftsanteilen bei Oikocredit eröffnet Menschen weltweit Wege aus der Armut. Sie selber können in der Regel mit einer Dividende von zwei Prozent rechnen.

www.westdeutsch.oikocredit.de

IMPRESSUM *debatte*, das Themenheft zum Mitreden. „Rechtsextremismus: Nicht mit uns!“ **Erscheint im** Januar 2014 **Herausgeberin** Evangelische Kirche im Rheinland, Landeskirchenamt, Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf **Chefredakteur und V.i.S.d.P.** Jens Peter Iven, Tel. 0211 4562-388, jens.iven@ekir-lka.de **Herstellung** Medienverband der Evangelischen Kirche im Rheinland gGmbH, Kaiserswerther Straße 450, 40474 Düsseldorf **Redaktion** Dagmar Paffenholz **Gestaltung** Michel Schier **Titelgrafik** Ina Zimmermann **Produktion** Christina Schramm **Anzeigen** Ulrich Fluck, Tel. 0211 43690-355, fluck@medienverband.de **Druck** Set Point Medien GmbH, Moerser Straße 70, 47475 Kamp-Lintfort **Bestellung** Evangelische Kirche im Rheinland, Landeskirchenamt, Dezernat V.3. Politik und Kommunikation, Arbeitsbereich Kommunikation, Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf, Tel. 0211 4562-340, Fax 0211 4562-490, E-Mail angela.irschen@ekir-lka.de

Kein Randphänomen

Präses Manfred Rekowski und Sozialwissenschaftler Alexander Häusler diskutieren über rechtes Denken in der Gesellschaft und in der Kirche.

ab Seite 10



Der Aussteiger

Axel Reitz war ein führender Neonazi. Beim Neuanfang unterstützt ihn ein rheinischer Pfarrer.

ab Seite 20



Gottes Gnade gilt allen

Vor Gott sind alle Menschen gleich viel wert. Rechtsextremes Denken widerspricht daher der biblischen Botschaft.

ab Seite 26



Hilfe statt Hetze

Pfarrer Dieter Herberth setzt sich für Roma in Duisburg ein und kämpft gegen die Vorurteile der Alteingesessenen.

ab Seite 48



TITELGRAFIK: INA ZIMMERMANN

06	Kreuz und quer Putzaktionen gegen Nazi-Schmierereien, Schulen ohne Rassismus und kirchlicher Leitfaden gegen Rechtsextremismus.
Rechtsextremismus heute 🇪🇺	
10	Der neue Rassismus Rechtes Denken ist kein Randphänomen. Ein Wissenschaftler und ein Kirchenmann suchen nach den Ursachen.
14	Geheime Zeichen Symbole und Codes der rechten Szene.
16	Gekleidet wie Gangsta-Rapper Neonazis sind heute nicht mehr so leicht zu erkennen, sagt Rechtsextremismus-Experte Michael Klarmann.
19	Rechte Frauen auf dem Vormarsch Weibliche Neonazis sollen der Szene ein sanfteres Image verleihen. Doch sie sind genauso gefährlich wie die Männer.
20	Die Reitz-Figur Axel Reitz war einer der führenden Köpfe in der rechtsextremen Szene – bis er ausstieg.
Kirche gegen rechtes Denken ✝️	
26	Gottes Gnade gilt allen Vor Gott sind alle Menschen gleich viel wert. Darum treten Christinnen und Christen gegen rechte Ideologien ein.
30	Niemand wird zurückgewiesen Die Einladung zum Abendmahl gilt auch getauften Rechtsextremisten.
32	Ungeeignet zur Gemeindeleitung Rechtsextremisten haben im Presbyterium nichts verloren, denn sie stellen Bekenntnis und Auftrag der Gemeinde infrage.
34	Germanenkult Rechtsextremisten begeistern sich für die nordische Mythologie – ohne echtes Wissen um die Kultur.
36	Antisemitismus ist Gotteslästerung Die Kirche hat zur Judenfeindschaft beigetragen.
Christen engagieren sich ✨	
40	Rheinische Christen gegen rechts Eine Landkarte mit etablierten Bündnissen gegen Nazis.
42	Nebenan die Nazis Im Essener Stadtteil Kray hat sich die NPD-Landesgeschäftsstelle angesiedelt. Bürgerinnen und Bürger machen dagegen mobil.
46	Trauma Der Psychotherapeut Dr. Ali Kemal Gün hat die Opfer des rechtsextremen Anschlags von Solingen betreut.
48	Hilfe statt Hetze In einem Duisburger Hochhaus leben rund tausend Roma. Ein Pfarrer kämpft mit Worten und Taten gegen die Vorurteile der Anwohner.
52	Der Aufklärer Staatsschützer Hubert Kraus will durch Prävention verhindern, dass junge Menschen zu Neonazis werden.
54	Gegen dumpfe Sprüche Der Politologe Klaus Hufer lehrt, wie man Stammtischparolen kontert.
58	Breiter Widerstand In der Region Aachen ist die rechte Szene besonders aktiv. Die evangelische Kirche setzt deutliche Zeichen dagegen.



FOTO: LUDOLF DAHMEN

Was machen Sie denn da?

Peter auf der Landwehr (45) entfernt gerade rechte Schmierereien

Herr auf der Landwehr, was machen Sie denn da? Ich schrubbe gerade mit Schwamm und Nagellackentferner eine rechte Parole von der Vorderseite eines Stromkastens. Seit 2007 haben sich unterschiedliche Bürgerin-

nen, Bürger und Gruppen zu der Pulheimer Aktion „Putzmunter gegen Nazis“ zusammengeschlossen, um mindestens einmal im Jahr gemeinsam ein Zeichen gegen die örtliche Neonazi-Szene zu setzen. Auch wir als evangelische Kirchengemeinde machen da selbstverständlich mit, außerdem zwei Schulen, der Moscheeverein, zwei katholische Gemeinden und eine Kindertagesstätte.

Wie ist es dazu gekommen? Seit einigen Jahren haben wir in Pulheim eine kleine, aber durchaus aktive Neonazi-Szene aus „Autonomen Nationalisten“ und neuerdings auch aus Anhängern der Partei „Die Rechte“. Das sind überwiegend junge Männer, auch mit guter Ausbildung. Und das hat sich zunehmend im Straßenbild bemerkbar gemacht. Als dann Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums von jugendlichen Neonazis drangsaliert wurden, war schnell klar, dass wir uns dagegen wehren wollen. Bei der vergangenen Aktion haben insgesamt 180 Personen in drei Pulheimer Ortsteilen Flagge gegen rechts gezeigt.

Was putzen Sie weg? Früher waren es eher eindeutige Aufkleber auf Laternenmasten. Da ist dann beispielsweise „Gegen Tierversuche“ zu lesen. Für einen Außenstehenden ist der rechtsextreme Hintergrund oft nur durch die Internetadresse zu erkennen. Mit solchen Parolen werben die Rechten für sich. Heute sind es mehr aufgesprühte Schriftzüge auf Versorgungskästen.

Ihre Aktion bleibt von den Neonazis doch nicht unbemerkt, oder? Wir wissen, dass wir beobachtet werden, aber das darf uns nicht daran hindern, uns zu wehren. Es hilft, mit vielen Menschen im Gespräch zu sein und alle Anti-Nazi-Aktionen so öffentlich wie möglich durchzuführen. Wenn sie dann noch fotografiert werden, ist man die Neonazis meist schnell wieder los.

Können Putzaktionen wirklich etwas bewirken? Ja, die Neonazis sprühen weniger nach – und die Menschen werden sensibler, greifen auch zwischendurch immer wieder zum Putzzeug. Das Beste ist aber, dass sich immer mehr Gruppen beteiligen, von der Kita über die Jugendfeuerwehr bis hin zum Moscheeverein. Der Zusammenhalt ist stärker geworden. Neulich haben wir sogar bei Putzaktionen in zwei benachbarten Kölner Stadtteilen mitgeholfen.

www.mbr-koeln.de

Interview: Dagmar Paffenholz

Zitiert

» Wir wollen ein gesellschaftliches Klima des Willkommens schaffen.

Barbara Rudolph, Oberkirchenrätin der Evangelische Kirche im Rheinland, hat den Aufruf „Rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende entgegenzutreten!“ mit unterzeichnet.

Leitfaden

Nach dem Rechten sehen

Was tun, wenn es rechtsextreme Übergriffe im eigenen Ort oder in der eigenen Gemeinde gibt? Wie können sich Kirchengemeinden an Bündnissen gegen rechts beteiligen? Wie lässt sich zum Beispiel eine Mahnwache gestalten? Hilfreiche Antworten finden Gemeinden im Leitfaden „Wir müssen mal nach dem/n Rechten sehen!“, herausgegeben vom Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Der Ratgeber richtet sich an Haupt- und Ehrenamtliche und ruft dazu auf, eindeutig Position gegen rechts zu beziehen – immer dann, wenn es um offenen Rassismus, aber auch um latenten Antisemitismus und Antiislamismus in der Gesellschaft geht.



FOTO: HAUS KIRCHLICHER DIENSTE

„Wir müssen mal nach dem/n Rechten sehen!“, Leitfaden zum Thema Rechtsextremismus für die Arbeit in Kirchengemeinden, Hannover 2012, zu bestellen zum Preis von zwei Euro über: www.ikdr-hannover.de

Vermietungen

Kein Platz für Nazis

Es ist oft gar nicht so einfach zu erkennen, wenn Neonazis Räume anmieten wollen: Da werden Strohmänner vorgeschickt, erfundene Vereinsnamen genannt oder rassistische Veranstaltungen als Jahresversammlung getarnt. Doch Kirchengemeinden, die Räume vermieten, können ihre Wachsamkeit schulen. Wichtig ist, im Vorfeld nachzufragen: Wer ist der Verantwortliche und wie heißt die Organisation? Mit diesen Informationen lässt sich im Internet weiterrecherchieren, etwa im Vereinsregister, und bei konkretem Verdacht an Initiativen wenden, die sich gegen rechts engagieren. Ebenso kommt es auf die Vertragsgestaltung an: Rechtssicherheit haben Vermieter, wenn sie einen schriftlichen Nutzungsvertrag schließen. Darin muss stehen, zu welchem Zweck die Räume angemietet werden, und dass Veranstaltungen mit rassistischen Inhalten untersagt sind.

Weitere Tipps zur Vertragsgestaltung finden Vermieter in der Broschüre „Keine Räume für Nazis“, kostenloser Download unter www.mbr-koeln.de



KARIKATUR: THOMAS PLASSMANN



FOTO: BAGKR.DE

Kirche und Rechtsextremismus

Menschenfeindlichkeit überwinden

Kirche muss Ort des Widerstands gegen nationalistische, fremdenfeindliche und rassistische Weltbilder sein. Das findet die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus – aktiv für Demokratie und Menschenrechte“. Im Sinne der dort zusammengeschlossenen Initiativen und Organisationen will die Arbeitsgemeinschaft jegliche Form von Menschenfeindlichkeit überwinden – innerhalb und außerhalb der Kirche. Für dieses Ziel vermittelt sie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort, veröffentlicht Materialien zum Thema und initiiert Diskussionen über Rechtsextremismus. Sie vernetzt Initiativen und gibt inhaltliche Impulse, etwa durch bundesweite Konferenzen.

Wie das in der Praxis aussieht? Die BAG ruft zum Beispiel durch eine Postkartenaktion zu Solidarität mit dem Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König auf. Dem Pfarrer wird vorgeworfen, bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben, er selbst bestreitet diese Vorwürfe. Oder zu Solidarität mit den Flüchtlingen aus Afrika, die Europa täglich über das Meer erreichen.

www.bagkr.de

Patenschaften

Schulen mit Courage

Campino von den Toten Hosen ist dabei, der Kabarettist Jürgen Becker, der Moderator Frank Plasberg oder gleich ein ganzer Fußballverein, zum Beispiel der HSV. Sie alle eint ihr Einsatz gegen rechts: Sie haben die Patenschaft für eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ übernommen. Mehr als 1200 Schulen mit einer Million Schülerinnen und Schülern haben sich zu dem bundesweiten Netzwerk zusammengeschlossen. Sie setzen sich in ihrem Umfeld für ein demokratisches und faires Miteinander ein. Die Paten motivieren und sorgen für die nötige Aufmerksamkeit in den Medien. www.schule-ohne-rassismus.org

Rechtsextremismus heute



Der neue Rassismus

Rechtes Denken ist kein Randphänomen – weder in der Gesellschaft noch in der Kirche. Ein Wissenschaftler und ein Kirchenmann suchen nach Ursachen.

Alexander Häusler, Jahrgang 1963, ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt „Rechtsextremismus“ der Fachhochschule Düsseldorf.

Manfred Rekowski, Jahrgang 1958, ist Pfarrer und Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Er lebt in Wuppertal.

debatte: Jeder fünfte Deutsche ist laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung latent antisemitisch, jeder vierte ausländerfeindlich, jeder dritte islamfeindlich. Ressentiments und rechte Vorurteile sind kein gesellschaftliches Randphänomen. Überrascht Sie das?

Manfred Rekowski: Leider nicht. Ich wohne in Wuppertal in einem sozial schwachen Stadtteil und bin oft mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Ich kenne Volkes Stimme relativ gut. Und auch aus der Arbeit in der Kirchengemeinde weiß ich, dass solche Einstellungen verbreitet sind. Bei jeder Aktion – wir haben zum Beispiel Möbel für Asylbewerberinnen und -bewerber gesammelt – gab es auch Reaktionen von rechts. Der erste anonyme Brief, der etwas herber formuliert war, hat mir noch einen Schrecken eingejagt, aber irgendwann wusste ich das einzuordnen. Ich habe es verstanden als verzweifelte Kampf um den vorletzten Platz in der Gesellschaft, der sich mit rechtsradikalem Gedankengut verbindet.

Alexander Häusler: Dieses Gedankengut ist aber nicht nur bei Menschen aus ärmeren, prekarierten Schichten anzutreffen. Ich beobachte ein tendenziell rassistisches, wohlstandschauvinistisches Denken auch in den gesellschaftlichen Eliten. Zum Beispiel in den aktuellen Debatten über Länder, die von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark betroffen sind, in Debatten über Armutsflüchtlinge. Menschen, die der Hilfe bedürfen, werden massiv abgewertet, die eigene Überlegenheit wird dagegen umso mehr betont. Diese Entwicklung finde ich besorgniserregend. **Ist ein Mensch, der ausländerfeindlich oder chauvinistisch denkt, schon rechtsextrem?**

Häusler: In der Forschung wird mit „rechtsextrem“ ein offen verfassungsfeindlicher, gewalttätiger Extremismus beschrieben, wie er zum Beispiel von militanten Neonazis gepflegt wird. Davon zu unterscheiden ist rechtes Denken, das nicht unbedingt verfassungswidrig ist, aber eben rassistisch, demokratiefeindlich und auch chauvinistisch. Wer sich in dieser Form rechtsradikal äußert, bewegt sich durchaus noch im Rahmen der Meinungsfreiheit. Und ist als Partei wählbar.

Ohne in Deutschland großen Erfolg zu haben.

Häusler: Parteien mit offen rechtsextremen Positionen haben in Deutschland bislang bei Wahlen noch keine großen Erfolge. Anders als in europäischen Nachbarländern. Aber die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt eben auch, dass Wahlergebnisse kein Gradmesser dafür sind, wie stark oder schwach extrem rechte Einstellungen in einer Gesellschaft verbreitet sind. Das Potenzial an fremdenfeindlichen und auch minderheitenfeindlichen Einstellungen ist sehr viel größer.

Und macht auch vor Kirchentüren nicht halt. Jeder vierte Protestant gilt der Studie nach als ausländerfeindlich. Ist das „Ihre“ Kirche, Herr Rekowski?

Rekowski: In meiner evangelischen Kirche sind die theologischen Positionen, die Grundaussagen des Glaubens eindeutig – und es ist für mich schon befremdlich, dass manche Kirchenmitglieder völlig anders ticken. Wenn wir nach biblischem Zeugnis sagen, jeder Mensch ist Gottes Ebenbild, dann können wir nicht zulassen, dass Menschen diskriminiert werden. Durch unsere jüdisch-christliche Tradition zieht sich wie ein roter Faden die Forderung, den Fremden zu achten. Das verflüchtigt sich leider bei einigen Kirchenmitgliedern.

Woran liegt das?

Rekowski: Die Kirche ist Teil der Gesellschaft. Alles, was es gesellschaftlich gibt, gibt es auch in unseren Reihen. Da ist das Spektrum sehr breit, sehr bunt, bisweilen auch braun. Menschen, die bei uns Mitglied sind, haben manchmal einen erschreckend großen Abstand zu unseren Grundpositionen. Ich finde ihren Anteil zu hoch, aber das ist Teil unserer Wirklichkeit.

Häusler: Ja, die Kirche ist kein Sonderphänomen. Immerhin: Rechtes Denken ist laut Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bei Kirchenmitgliedern etwas schwächer ausgeprägt als bei Konfessionslosen. Aber die Frage bleibt, warum Kirchenmitglieder trotz der christlichen Botschaft der Nächstenliebe zum Beispiel ausländerfeindlich sind. Ich bin der Meinung, dahinter steht heute auch ein neuer, modernisierter Rassismus, der über die Kultur- und Religionsfrage transportiert wird.

Was hat dieser Rassismus mit Kirche zu tun?

Häusler: Wir haben in den letzten Jahren europaweit das Phänomen, dass sich klassische, völkisch-rassistische Parolen wie „Ausländer raus!“ transformieren und mit Fragen religiöser und kultureller Identität verbinden – nach dem Motto: „Rettet das christliche Abendland!“ Gerettet werden soll es vor allem vor muslimischen Gläubigen, die nach Europa einwandern. Dieser modernisierte Rassismus hat in den Kirchen eine hohe

FOTOS: MARKUS FEGER



Manfred Rekowski

Alexander Häusler



» In der Kirche würde niemand offensiv rechtes Gedankengut vertreten. Aber es ist da.

» Die Kirchen müssen sich der Gefahr stellen, dass ihre Religion instrumentalisiert wird.

Akzeptanz – auch wenn Kirchenvertreter in der Öffentlichkeit in vorbildlicher Weise gegen extrem rechte Bestrebungen Position beziehen, zum Beispiel, als „Pro NRW“ eine Hetzkampagne gegen Muslime gestartet hat.

Rekowski: Wenn wir uns als Kirche zu Wort melden, müssen wir uns selbstkritisch fragen: Was gelingt uns im Kreise unserer Mitglieder an Kommunikation, an Verständigung über die Inhalte, die für uns bindend und prägend sind? Fest steht: In der Kirche würde niemand offensiv rechtes Gedankengut vertreten. Aber es ist da – und offenbart sich in Scheindebatten. Wenn es beispielsweise um Parkplätze vor Moscheen in Wohngebieten geht. Von Parkplatzproblemen vor Kirchen in Wohngebieten ist nie die Rede. Und es offenbart sich in eher beiläufigen Bemerkungen. Wenn zum Beispiel eine Frau einen Pfarrer nach dem Gottesdienst, in dem zu einer Kleidersammlung aufgerufen wird, anspricht und eine Spende in die Hand drückt, begleitet von den Worten: „Aber nicht für Ausländer!“

Häusler: Fremden- und Islamfeindlichkeit stellen eine große Herausforderung dar. Aber noch einmal: Die Kirchen müssen sich der Gefahr stellen, dass ihre Religion instrumentalisiert wird, missbraucht wird als Rechtfertigung für rechtsradikale Hetze.

Rekowski: In der rheinischen Kirche gibt es seit Jahrzehnten intensive Bemühungen um den christlich-islamischen und den christlich-jüdischen Dialog. Da stehen wir an der Spitze der Bewegung. Und wir schaffen Möglichkeiten der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Da tun wir eine ganze Menge. Aber im Sinne einer kritischen Bestandsaufnahme ist auch zu sagen: Bei den Engagierten laufen wir offene Türen ein, aber die Breitenwirkung ist eher bescheiden. Das macht mich ein Stück ratlos. Patentrezepte habe ich da nicht.

Aber vielleicht eine Diagnose?

Rekowski: Es gab eine Phase, in der wir uns zu lange in einer heilen Multi-Kulti-Welt wähnten. Da haben wir manches übertüncht, was nicht übertüncht werden darf. Die Kirchen wie auch andere gesellschaftlich liberale Kräfte haben die Verunsicherung und Fremdheitsgefühle der Menschen nicht hinreichend ernst genommen und nicht genau genug zugehört. Ich muss Menschen zugestehen, dass wenn sich um sie herum vieles verändert, sie so etwas wie Fremdheitsgefühle haben dürfen, ohne gleich als rechtsextrem zu gelten. Das habe ich in dem Stadtteil gelernt, in dem ich lebe. Aber es gibt keine Alternative zum Zusammenleben. Wir müssen versuchen, Fremdheitsgefühle abzubauen und Verständnis zu wecken.

Häusler: Sie sprechen einen ganz wichtigen Faktor an. Woran lässt sich in einer zunehmend multireligiösen und multikulturell verfassten Gesellschaft, die sich immer mehr öffnet, Identität festmachen? Was sind Identitätsanker? Die zentrale Frage dabei ist, wie man sich in diesem Suchprozess orientiert: Rückwärts gewandt und abwehrend – oder nach vorn schauend und Vielfalt akzeptierend? Da tun sich die Kirchen schwer, nicht nur die katholische, sondern auch die evangelische.

Wo zum Beispiel?

Häusler: Ich erinnere an die Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vor sieben Jahren erschienen ist. Damals ging es um genau diese Thematik mit Blick darauf, wie die Kirche mit dem Islam in Deutschland umgeht. Die Handreichung hat in Politik und Wissenschaft teilweise großen Widerspruch hervorgerufen. Der Eindruck war, die evangelische Kirche beanspruche die alleinige Deutungshoheit für sich und werte die zunehmend multireligiös verfasste Gesellschaft ab.

Rekowski: Es gab im Zuge der nachfolgenden Diskussionen

aber auch einen Lernprozess auf Kirchenseite. Und es ist klar: Zum Lernen durch Begegnung gibt es keine Alternative. Als Kirche müssen wir ganz viele Begegnungsmöglichkeiten schaffen – im Kindergarten oder in der Schule, im Religionsunterricht oder in der Hausaufgabenhilfe, in der Flüchtlingsarbeit oder in der Diakonie.

Häusler: Es gibt aber auch die Wahrnehmung einer stärkeren Konkurrenz der Religionen in der Gesellschaft. Die Mitgliedszahlen der Kirchen gehen zurück, die Muslime beanspruchen eine stärkere öffentliche Repräsentation. Das ruft Ängste hervor bei christlich Glaubenden – und mit Sicherheit auch Ressentiments. Wie wollen Sie damit umgehen?

Rekowski: Ich meine: Wir müssen lernen, diasporafähig zu werden. Volkskirche in der Minderheit – das kommt auf uns zu. Und wir müssen akzeptieren: Das, was wir für uns in Anspruch nehmen, gilt genauso für Anhängerinnen und Anhänger anderer Religionen. Religionsfreiheit ist unteilbar. Ich stelle fest, dass durch Muslime die religiöse Dimension des Lebens noch einmal ganz anders auf die Tagesordnung kommt. Sie leben ihren Glauben „unverschämt“, schämen sich seiner also nicht, und stellen uns vor die Frage: Was glaube ich als Christ eigentlich? Für diesen Dialog braucht man eine angstfreie Grundhaltung. Daran müssen wir arbeiten. Sie haben es eben Identitätsanker genannt. Menschen brauchen ein Gefühl von

Beheimatung in dieser sich verändernden Gesellschaft. Das zu stiften, ist auch Aufgabe von Kirche.

Häusler: Aber bitte nicht im Sinne einer „christlichen Leitkultur“, die es in Europa zu verteidigen gilt. Dafür werben beispielsweise evangelikale Gruppierungen in der evangelischen Kirche. Sie setzen eine vermeintliche christliche Leitkultur gegen die Akzeptanz von Vielfalt. Ich vermisse eine offensive Auseinandersetzung darüber in der evangelischen Kirche.

Rekowski: Dass manche evangelischen Vertreterinnen und Vertreter in Sachen Verteidigung des christlichen Abendlands unterwegs sind und nicht unbedingt jene christlichen Werte in den Vordergrund stellen, die ich eben beschrieben habe, gehört zur volksskirchlichen Realität. Mir ist es wichtig, dass Kirchenmitglieder in der Breite erkennen, dass Vielfalt auch Reichtum bedeutet. Menschen dürfen nicht sortiert, schon gar nicht aussortiert werden. So wie es der Apostel Paulus meinte, als er an die ersten christlichen Gemeinden in Galatien schrieb: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ Unterschiede machen den Reichtum unserer Gemeinden und unserer Gesellschaft aus. Wer sich so reich fühlt, kann auf rassistische oder chauvinistische Einstellungen verzichten.

Interview: Dagmar Paffenholz

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Ergebnisse der Studie „Die Mitte im Umbruch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung 2012

■ Antisemitismus

„Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute zu ihrem eigenen Vorteil aus.“ Dieser Aussage stimmt jede und jeder fünfte Befragte überwiegend zu. 17 Prozent sind überzeugt: „Juden haben zu viel Kontrolle und Einfluss an der Wall Street.“

■ Fremdenfeindlichkeit

„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Jede und jeder fünfte Befragte stimmt dem überwiegend zu. 22 Prozent finden: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

■ Islamfeindschaft

„Die islamische Welt ist rückständig und verweigert sich den neuen Realitäten.“ Dieser Aussage stimmen 30 Prozent der Befragten überwiegend zu. Ähnlich hoch ist die Zustimmung bei der Ansicht: „Muslime und ihre Religion sind so verschieden von uns, dass es blauäugig wäre, einen gleichen Zugang zu allen gesellschaftlichen Positionen zu fordern.“ Insgesamt zählt die Studie „36,2 Prozent islamfeindlich Eingestellte“.

■ Chauvinismus

Jede und jeder fünfte Befragte glaubt, dass Deutschland anderen Völkern überlegen ist.

■ Sozialdarwinismus

12 Prozent der Befragten sind überwiegend der Auffassung, dass sich „in der Gesellschaft wie in der Natur immer der Stärkere durchsetzen sollte“.

■ Verharmlosung der NS-Zeit

7,3 Prozent meinen, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“.

■ Demokratiefeindlichkeit

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ 8 Prozent der Befragten stimmen dem überwiegend zu.

Quelle: Studie „Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung 2012. Alle zwei Jahre wird sie aktualisiert. Im Frühjahr 2014 erscheint die nächste Studie.

GEHEIME

SYMBOLE UND CODES SPIELEN IN DER RECHTEN SZENE EINE

ZEICHEN

GROSSE ROLLE. FÜR LAIEN SIND SIE OFT SCHWER ZU ERKENNEN.

Quelle: Rechts, oder was?! Rechte Musik, Symbole und Organisationen, Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz, August 2013

CONSDAPLE

Kleidung der rechten Marke „Consdaple“ ist in der Szene aufgrund der im Namen vorkommenden Buchstabenkombination NSDAP beliebt. Wenn T-Shirts mit dem Logo unter einer geöffneten Jacke getragen werden, ist nur dieser Teil des Namens sichtbar.



HAMMERSKINS

Die beiden gekreuzten Zimmermannshämmer sind das Symbol der sogenannten „Hammerskins“. Sie verstehen sich als elitäre, internationale rechtsextreme Skinhead-Organisation. Die Hammerskins und ihre Symbole sind nicht verboten.



KELTENKREUZ

Das keltische Grabeskreuz aus dem 6. Jahrhundert ist eines der beliebtesten Nazismbole. Es gilt als Zeichen der Überlegenheit der nordischen Rasse und findet sich auf T-Shirts, Aufnähern und CD-Covern. Seit 2008 ist es ein strafbares Symbol.



LONSDALE

Die englische Bekleidungsmarke „Lonsdale“ wird gerne von Skinheads getragen, weil der Name die Buchstaben NSDA enthält. Die Firma distanziert sich allerdings vehement von der neonazistischen Kundschaft und unterstützt antirassistische Projekte.



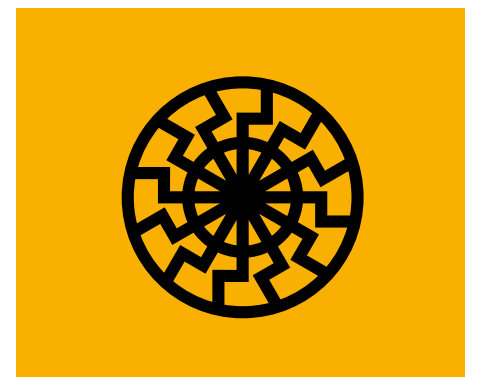
PIT BULL

Kleidung der Marke „Pit Bull“ wird von Rockern, Hooligans und in rechten Kreisen getragen. Zum Angebot gehören sogar kugelsichere Westen. Die Geschäftsführung positioniert sich allerdings gegen Rassismus. Ein Geschäftsführer ist Türke, der Betrieb hat weitere ausländische Mitarbeiter.



SCHWARZE SONNE

Das Symbol der schwarzen Sonne wurde von der SS als Zeichen ihrer mystisch-okkulten Seite geschaffen und hat keinen germanischen oder heidnischen Ursprung. Bei Rechtsextremisten ist es als Ersatz für die verbotene Doppel-Sig-Rune beliebt.



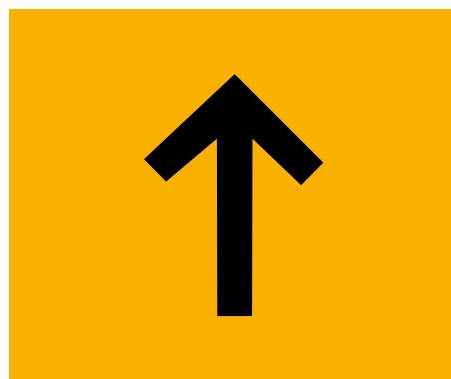
THOR STEINAR

Die sportliche Bekleidungsmarke für Herren, Damen und Kinder ist eindeutig der rechten Szene zuzuordnen. Vor einigen Jahren hat die Firma unter juristischem Druck ihr Markenlogo geändert, da es einer verbotenen Rune ähnelte.



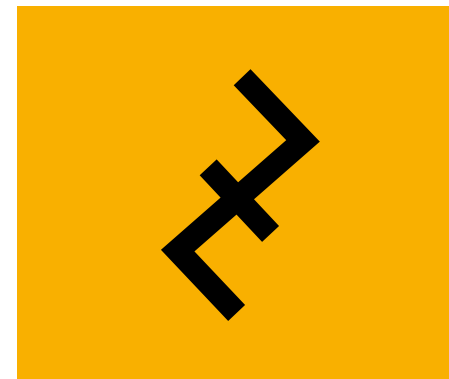
TRISKELE

Die Triskele ist ein keltisches Sonnensymbol, das häufig als Ersatz für das Hakenkreuz verwendet wird. Es wird vom Ku-Klux-Klan genutzt und findet sich in den Logos einiger rechter Organisationen wie „White Youth“ und „Blood and Honour“. Die öffentliche Verwendung ist nicht strafbar.



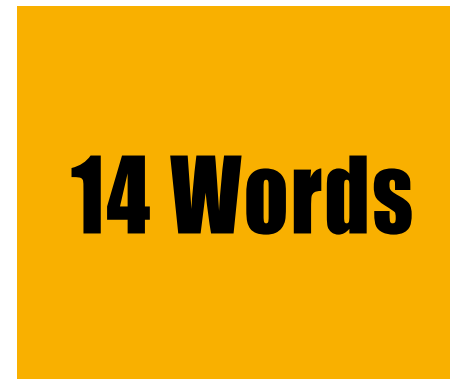
TYR-RUNE

In der germanischen Mythologie stand die Rune für den Kriegsgott Tyr. Während der NS-Zeit war sie das Leistungsabzeichen der Hitlerjugend und stand symbolisch für „die Tat“. Heute wird die Tyr-Rune zum Beispiel noch von der NPD benutzt.



WOLFSANGEL

Das auch Gibor-Rune genannte Symbol war Zeichen des „Deutschen Jungvolkes“, später Hitlerjugend. Die verbotene Jugendorganisation „Junge Front“ verwendet die Wolfangel in ihrem Logo. Im Zusammenhang mit dieser Organisation ist das Zeigen der Wolfangel strafbar.



14 WORDS

Der Zahlencode wird als Grußformel in Briefen oder Publikationen der rechten Szene verwendet. Er steht für die Worte des amerikanischen Ku-Klux-Klan-Anhängers David Lane: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“



ZAHLEN

Manche Zahlen weisen auf Buchstaben im Alphabet hin. 18 steht für den 1. und 8. Buchstaben, die Initialen Adolf Hitlers. 28 steht für B und H – „Blood and Honour“, einer neonazistischen Bewegung. 88 steht für ein doppeltes H, die Abkürzung für „Heil Hitler“.

Gekleidet wie Gangsta-Rapper

Die rechte Szene in Nordrhein-Westfalen wird vielfältiger. Rechtsextremismus-Experte Michael Klarmann über Neonazis in Hip-Hop-Kleidung und NPD-Mitglieder, die sich in Elternbeiräten engagieren.

debatte: Am rechten Rand der Gesellschaft tummeln sich Parteien und Gruppierungen unterschiedlicher Couleur. Mal werden sie als rechtsextrem, mal als rechtsradikal oder als rechtspopulistisch bezeichnet. Wo liegen die Unterschiede?

Michael Klarmann: Rechtsradikal denkt der „seichte“ rechte Rand, radikal im Ton, im Denken und in der Argumentation gegen Linke, Migranten, die „Altparteien“ und die EU. Rechtspopulistisch ist es, derlei Ansichten propagandistisch „unters Volk“ zu bringen oder aber solche Ansichten aus der Mitte des „Volkes“ aufzugreifen, sie dann stark vereinfacht, zugespitzt und verzerrt zu transportieren. Rechtsextremisten denken und handeln noch viel extremer. Sie wenden reale oder verbale Gewalt an und bekämpfen die Demokratie. Während Rechtsradikale sich einen starken, hart durchgreifenden Staat wünschen, wollen Rechtsextremisten jedoch eine Diktatur, in der Menschen wieder offen verfolgt und drangsaliert werden, die nicht in das Weltbild der Herrschenden oder deren Anhänger passen.

Wer vertritt Menschen, die so denken, parteipolitisch?

Die NPD ist sicher die bekannteste rechtsextremistische Partei, lag bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen allerdings nur bei 0,5 Prozent der Stimmen, bei der Bundestagswahl erhielt sie in NRW ein Prozent. Sie verortet sich selbst in der Mitte der Gesellschaft, stellt sich sogar als „soziale Heimatpartei“ dar – als eine Partei, die die Interessen der schweigenden Mehrheit vertritt. Tatsächlich nimmt sie aber Anleihen aus Politikfeldern des Dritten Reiches und vertritt einen unterschweligen, teilweise aber auch offenen Antisemitismus. Seit einiger Zeit fährt sie eine Doppelstrategie: Einerseits ist sie in den kommunalen Parlamenten aktiv, andererseits engagieren sich Mitglieder und Sympathisanten in sozialen Initiativen, in Elternbeiräten, Sport- oder Tierschutzvereinen. In Heinsberg machte beispielsweise ein NPD-ler bei der lokalen „Tafel“ mit. Das wurde erst richtig deutlich, als die NPD gegen ein Spendenprojekt für Afrika Stimmung machte.

Welche Ziele verfolgen NPD-Mitglieder damit?

Sie versuchen vor allem, Kontakte zu knüpfen. Menschen, die sich ihnen gegenüber offen zeigen, werden zum Stammtisch eingeladen. Außerdem können Parteimitglieder verharmlosend sagen, dass sie sich gesellschaftlich engagieren und doch gar nicht so schlimm sein könnten, wie immer behauptet werde.

Besser als die NPD schnitt bei der Landtagswahl die Partei „Pro NRW“ mit 1,5 Prozent der Stimmen ab. Was will „Pro NRW“? Sie sieht sich selbst als rechtsnationale demokratische Kraft, verortet sich ebenfalls in der Mitte der Gesellschaft. Ich nenne sie aber eine rechtsradikale Partei.

Wie viele Mitglieder haben NPD und „Pro NRW“ in Nordrhein-Westfalen?

Der Landesverfassungsschutz geht für das Jahr 2012 von rund 700 NPD-Mitgliedern aus, „Pro NRW“ wird auf rund 1000 Mitglieder geschätzt. Auch wenn diese Zahlen auf den ersten Blick nicht so hoch erscheinen, sehen sich die meisten Mitglieder doch als Parteisolddaten, opfern gern ihre Freizeit und sind schnell für Plakataktionen oder Aufmärsche zu mobilisieren. „Pro NRW“ hat ihre Hochburgen rund um Köln und in einigen Regionen des Ruhrgebiets.

Neu im Parteienspektrum ist „Die Rechte“.

Sie tritt offen neonazistisch auf. Ihre Anhänger rekrutieren sich überwiegend aus dem militanten Jugendspektrum der Neonazi-Szene. Christian Worch, einer der führenden Köpfe der Szene, hat die Partei Pfingsten 2012 gegründet. Ursprünglich verortete sie sich politisch zwischen der eher bürgerlich orientierten Partei „Pro NRW“ und der NPD. Doch dann wurden im August 2012 eine Neonazi-Gruppe in Dortmund und zwei sogenannte Kameradschaften in Hamm und in Aachen verboten. In der Folge ist „Die Rechte“ besonders in NRW zum Sammelbecken für die Mitglieder dieser verbotenen Gruppierungen geworden. Geschützt vom Parteienprivileg und unter dem Deckmantel von Kreisverbänden organisieren sie sich derzeit neu. Das Verbot hat also



Vermummt mit Sonnenbrille und Kapuzenpulli statt Glatze und Bomberjacke: Rein äußerlich sind Rechtsradikale nicht mehr so leicht zu erkennen.

nicht sehr lange gewirkt. Der Landesverfassungsschutz schätzt „Die Rechte“ auf rund 130 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen. **Sie erwähnten Kameradschaften. Was kann ich mir darunter vorstellen?**

Solche „Kameradschaften“ sind Neonazi-Gruppen, die auf einer Art Organisation ohne Organisationsstruktur beruhen. Als vermeintlich lose Gruppen müssen die Behörden solchen lokalen oder regionalen Kleinorganisationen vor einem Verbot erst einmal beweisen, dass sie etwa nach dem Vereinsgesetz oder als kriminelle Vereinigung verboten werden können. Eine bewusst durch die Neonazis vorgesehene Hürde, um Verbote zu verhindern. Ungeachtet dessen stehen Kader der „Kameradschaften“ in Kontakt, sprechen Aktionen ab, kooperieren. Bundesweit gibt es 150 bis 200 Kameradschaften. Eine der Regionen mit einer großen neonazistischen Szene ist der Raum Aachen, Düren, Heinsberg. Kameradschaften wurden auch auffällig im Bergischen Land und in Wuppertal, ebenso in Dortmund und dem östlichen Ruhrgebiet. Heute sind viele Neonazis in die Splitterpartei „Die Rechte“ eingetreten, vorherige „Kameradschaften“ bilden nun Kreisverbände.

Wie treten sie nach außen auf?

Es gibt klassische „Kameradschaften“ mit Neonazi-Skinheads. Dann gibt es aber auch Gruppen wie beispielsweise die „Autonomen Nationalisten“. Das sind überwiegend junge Neonazis, die den Stil der linken Autonomen kopieren, dabei aber durch und durch neonazistisch sind, also rassistisch, ausländerfeindlich und antisemitisch.

Skinheads hätte man zumindest früher noch an Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel erkennen können. Aber die „Autonomen Nationalisten“ ...

... sind wie Menschen aus der Hausbesetzer- und Globalisierungsgegner-Szene schwarz gekleidet. Außerdem tragen sie oft Mützen, Sonnenbrillen und Palästinentertücher. Nur durch Buttons oder T-Shirt-Aufdrucke sind sie zu unterscheiden.

Warum tragen sie sportliche Kleidung?

Weil sie auf Demos und bei Aufmärschen schlicht praktischer ist. Wer in Bomberjacke und Springerstiefeln unterwegs ist, kann sich nicht so schnell bewegen. Im neuen Outfit ist ein trainiertes „hit and run“ möglich, also ein schneller, gezielter Angriff, um sich danach sofort wieder zurückzuziehen. Sonnenbrillen und Palästinentertücher erleichtern es, sich schnell zu verumhüllen und schwarze Blöcke zu bilden.

Beobachten Sie solche Veränderungen auch bei anderen Gruppierungen?

Mittlerweile kann man durchaus von einer optischen Pluralität in der Neonazi-Szene sprechen. Es gibt sehr viele junge Neonazis, die sich jugendkulturell normal kleiden, teilweise sogar Elemente aus der Hip-Hop- oder Punkszene übernehmen. Es gibt Aufmärsche, da haben manche einen Irokesenschnitt, andere tragen ein Che-Guevara-T-Shirt oder kleiden sich wie Gangsta-Rapper. Im oberbergischen Radevormwald gab es eine Gruppierung, deren Mitglieder sich ähnlich stylvten wie die Musiker von Tokio Hotel. Das bedeutet aber nicht, dass sie nur Mitläufer sind. Sie sind



sehr überzeugt von ihrer Sache. Aber um neue Leute anzusprechen, ist das eine gelungene Strategie: Wenn sie ausgehen, fallen sie nicht mehr so negativ auf wie die rüpelhaften Skins von früher, sondern wirken hip und cool.

Gibt es besonders beliebte Modelabel bei den Rechten?

Ja, es gibt Marken, an denen man sich erkennen kann. Vor Ort kennt man sich aber meistens sowieso. „Lonsdale“, ein englisches Label, war zeitweise sehr beliebt, weil es in der Mitte des Schriftzugs ein „NSDA“ hat, das P fehlt. Erst spät hat das Unternehmen begriffen, warum es in Deutschland so beliebt war und hat einen Teil der Verkaufserlöse an antirassistische Initiativen gespendet. Das kam bei den Neonazis natürlich nicht so gut an. Deshalb hat die rechte Szene begonnen, selbst Modemarken zu entwickeln wie beispielsweise „Consdaple“, das ist ein Kunstwort, das jetzt tatsächlich den Schriftzug „NSDAP“ beinhaltet. Wer so etwas trägt, ist eindeutig zu erkennen. „Thor Steinar“ ist ein anderes sehr beliebtes Label, das auf den ersten Blick nicht immer zuzuordnen ist. Thor heißt allerdings der germanische Donnergott, „Steinar“ erinnert an den leicht abgewandelten Namen eines SS-Generals. Die Anmutung ist insgesamt sehr nordisch-germanisch, wikingermäßig. Es geht in Richtung Germanenkult, auf den Nazis so abfahren. Thor Steinar wird allerdings zum Teil auch in der Hooligan- und Fußballszene getragen.

Worum geht es Gruppen wie den „Autonomen Nationalisten“?

In der Forschung wird mittlerweile von „erlebnisorientierten“ Neonazis gesprochen. Sie wollen anonym in ihrem Viertel leben,

aber gleichzeitig politisch aktiv sein, das heißt, bei Sprüh- und Plakataktionen, Aufmärschen oder Brandanschlägen mitmachen. Dieses erlebnisorientierte Element macht die Neonazi-Szene für ein bestimmtes Klientel unter Jugendlichen, gerade in der Pubertät, sehr interessant. Außerdem leben diese Neonazis teilweise in Wohngemeinschaften, feiern gern mal zünftige Partys, sind auch musikalisch offen. Das alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie durchaus organisiert und zielbewusst sind: Sie wollen Jugendlichen eine „spannende Erlebniswelt“ bieten, um sie für ihre politischen Ziele zu gewinnen.

Welche Rolle spielt die Kirche im Widerstand gegen rechts?

Die Kirche ist zusammen mit anderen regionalen sozialen Initiativen und Parteien ein wichtiger Bündnispartner beim Engagement gegen rechts. Manchmal ist sie sogar Initiator von regionalen Runden Tischen und anderen Aktionen. Dadurch wird sie manchmal leider auch zum Opfer von rechten Verleumdungskampagnen oder Einschüchterungsversuchen.

Wie sehen die aus?

Da werden Kirchenfenster eingeschmissen oder Kirchenmauern mit rechten Parolen beschmiert. Eine Pfarrerin, die zum Sprecherkreis eines solchen regionalen Bündnisses gehört, bekam einmal zum Jahresende ein Paket von der „Kameradschaft Aachener Land“ geschenkt – mit namentlich unterschriebener Karte. Darin lagen unter anderem ein Paar Turnschuhe, damit sie „besser laufen“ könne, sowie ein Energiedrink, eine Flasche Doppelherz und ein Müsliriegel, damit sie im kommenden Jahr fitter werde.

Eine versteckte Drohung.

Solche Einschüchterungsversuche machen natürlich Angst. Aber wenn es solche Bündnisse nicht geben würde, hätte die Szene die Möglichkeit, ungestört zu wachsen. Wenn sich eine Neonazi-Szene aber in einer Region erst einmal etabliert hat, ist es immer schwer, sie wieder einzudämmen. Deshalb sind flächendeckende regionale Bündnisse so wichtig.

Was kann Kirche konkret tun?

In Düren habe ich erlebt, wie bei den Reden während eines rechten Aufmarsches auf einmal die Kirchenglocken zu läuten begannen, sodass kaum etwas zu verstehen war.

Und darüber hinaus?

Schulen, Jugendeinrichtungen und Kirchengemeinden sollten schon früh mit der Toleranz- und Demokratieerziehung beginnen. Es ist wichtig, das man nicht nur gegen rechts ist, sondern auch aufzeigt, wofür man ist. Dass man Infostände und Lesungen organisiert, Filmvorführungen oder Erinnerungs- oder Schulprojekte. Damit zum Beispiel auch Jugendliche eine „Erlebniswelt Demokratie“ oder eine „Erlebniswelt Toleranz“ erfahren können.

Interview: Dagmar Paffenholz

Michael Klarmann, Jahrgang 1968, ist Journalist und Rechtsextremismus-Experte in Aachen. 2010 ist er für seine jahrelange Aufklärungsarbeit von der Städte-Region Aachen mit dem Bürgerpreis „Zivilcourage“ ausgezeichnet worden. Regelmäßig hält er in Schulen und Kirchengemeinden Vorträge über Rechtsextremismus.



FOTO: PICTURE ALLIANCE | DPA

Rechte Frauen auf dem Vormarsch

Jeder fünfte Neonazi ist weiblich. Frauen sollen der Szene ein sanftes Image verleihen. Doch sie sind genauso gefährlich.

debatte: Die Neonazi-Szene wirkt auf den ersten Blick wie eine Männerbastion.

Andrea Röpke: Männer haben zwar immer noch das Sagen, aber Frauen sind auch hier auf dem Vormarsch. Expertinnen vom wissenschaftlichen Netzwerk „Frauen und Rechtsextremismus“ gehen davon aus, dass jeder fünfte Neonazi weiblich ist. Sie sind nicht weniger fanatisch und gefährlich. Sie vertreten die gleiche menschenverachtende Ideologie und gestalten auch die Parteipolitik immer stärker mit.

Sind sie auch genauso gewaltbereit?

Ja, sie hetzen und feuern an, beteiligen sich aber auch an Überfällen. Gewalt gehört zur Ideologie. Die NPD bezeichnet sich als „Kampfgemeinschaft“. Etwa jede zehnte Frau ist an Straftaten beteiligt. Das sind in erster Linie Propagandadelikte, aber auch bei Gewalttaten nimmt der weibliche Anteil zu.

Wie sieht ihre Rolle in der Szene aus?

Neonazis haben Frauen als ein riesiges Potenzial entdeckt, um der Szene ein sanfteres Image zu geben. Sie agieren zunächst unauffälliger, treten gern als nette Nachbarin auf, die auch mal einen Plausch hält. Aber irgendwann zeigt sich auch bei ihnen die ganz klare neonazistische Ideologie.

Das klingt nach einer Strategie.

Ja, in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ gab es 2010 den Aufruf „Erziehung ist eine nationale Lebensaufgabe“, darin wurden Frauen gezielt aufgefordert, pädagogische Berufe zu ergreifen, um so noch stärker die bürgerlichen Strukturen zu unterwandern.

Was bedeutet das konkret?

Als Sozialarbeiterinnen oder Lehrerinnen bringen sie ihr rechtsextremes Gedankengut sehr gut bei Familien-, Erziehungs- oder

Umweltthemen unter. Sie streben aber auch in die ehrenamtliche Arbeit, in Sportvereine oder in Elternvertretungen von Schulen.

Wie erkenne ich so eine Einflussnahme?

Das ist gar nicht einfach, da sie sich äußerlich oft unauffällig geben. Sie versuchen, sich in die Inhalte des Unterrichts einzumischen. Deren Nachwuchs soll „artgerechte“ Bücher lesen und nicht mit behinderten Kindern spielen. Sie erlernen auch antichristliche, heidnische Symbole wie den nordischen Adler, der den Fisch in den Klauen hält.

Wie kann ich mich wehren?

Wichtig ist, Eltern und Pädagogen rechtzeitig aufzuklären, wie es in der Broschüre „Die geführte Jugend“ geschieht. Man sollte sich außerdem nicht alleine gegen Neonazis stellen, sondern sich mit anderen vernetzen.

Interview: Dagmar Paffenholz

Andrea Röpke, Jahrgang 1965, ist Politologin und Journalistin. Für ihre langjährigen Recherchen im Neonazimilieu ist sie vielfach ausgezeichnet worden. Sie ist Mitautorin von „Mädelsache. Frauen in der Neonazi-Szene“, Christoph Links Verlag, 2011. Informationsmaterial für Eltern und Pädagogen gibt es unter www.arug.de



FOTO: LINUS LEMMING



DIE REITZ-FIGUR

Er war einer der führenden Köpfe in der rechtsextremen Szene – bis er ausstieg. Heute sagt Axel Reitz: Ich muss einen Neuanfang wagen. Der evangelische Pfarrer Andrew Schäfer, Weltanschauungsbeauftragter der rheinischen Kirche, begleitet ihn dabei. Er findet: Jeder hat eine zweite Chance verdient. Auch ein Neonazi.

Text: Dagmar Paffenholz

Fotos: Markus Feger

Sein erstes Leben hat Axel Reitz bereits hinter sich. Dabei ist er gerade mal 31 Jahre jung. Er ist gebildet, höflich und rhetorisch versiert. Ein Genussmensch, wie er selbst von sich sagt. Er liebt Opern und Kunstausstellungen, legt Wert auf gute Kleidung. Heute trägt er einen braunen Anzug mit dezentem Muster, Paisley-Krawatte, Einstecktuch und einen Siegelring am kleinen Finger der rechten Hand. Der Traum jeder Schwiegermutter – wäre da nicht sein Vorleben. Die Medien nannten ihn den „Hitler von Köln“. Er galt als einer der führenden Köpfe der rechtsextremen Szene in Deutschland, kannte alle, die darin Rang und Namen hatten. Kameradschaften und konspirative Treffen, Aufmärsche und Agitation bestimmten seinen Alltag. Ein Leben im Hamsterrad, sagt Axel Reitz im Rückblick. Im Frühjahr 2012 ist er ausgestiegen. Für seine einstigen Kameraden ist er nun der „Judas von Köln“. Mittlerweile muss er sich vor dem Landgericht Koblenz verantworten. Er soll Unterstützer des militanten Aktionsbüros Mittelrhein gewesen sein. Axel Reitz steht vor dem Scherbenhaufen seines bisherigen Lebens.

debatte: Herr Reitz, mit welchem Gefühl schauen Sie morgens in den Spiegel?

Axel Reitz: Mit einem guten, ich bin mit mir im Reinen. Mein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene ist ja kein spontaner Entschluss gewesen, sondern Ergebnis eines Prozesses, einer langen inneren Entwicklung, begleitet von starken Selbstzweifeln. Sie hat dazu geführt, zu sagen: Das war es für mich, ich steige aus. **Hatten Sie keine Angst?**

Natürlich war der Schritt mit einer gewissen Angst verbunden: Wie reagieren die Leute? Was kommt auf mich zu? Wie sieht meine Zukunft aus? Andererseits war der Ausstieg für mich auch eine Befreiung von diesem Ballast, der auf meinen Schultern gelastet hat. Mir war klar: Auch wenn es jetzt nicht einfach sein wird, ist es doch besser, als sich weiter so falsch zu verhalten.

Was werfen Sie sich vor?

Ich war inhaltlich schon lange ein Außenseiter in der Szene, nur habe ich daraus nie die Konsequenz gezogen, mich zu verabschieden. Eigentlich war ich immer so etwas wie ein Paradiesvogel, der sich die Freiheit herausgenommen hat, bestimmten rechten Glaubenssätzen nicht zu folgen. Es gibt so heilige Kühe, die ich nicht

mit angebetet, sondern infrage gestellt habe. Dafür wurde man schief angeschaut, aber ich habe versucht, eine anderslautende Meinungs- und Deutungshoheit zu erlangen. Irgendwann muss man sich aber eingestehen, dass das nicht funktioniert.

Welche „heiligen Kühe“ meinen Sie?

Zum Beispiel, dass völlig unreflektiert das Judentum als Ursache alles Bösen dargestellt wird. Ich habe dagegen immer gesagt: „Wir lehnen für das deutsche Volk eine Kollektivschuld ab, wollen aber im Umkehrschluss ein anderes Volk für alles Übel der Welt verantwortlich machen? Davon halte ich überhaupt nichts!“ Ein anderes Beispiel wäre der stupide Rassenwahn, die esoterische Glorifizierung des Germanentums und auch das absolute Feindbild Homosexualität. Das war nie meins.

Dennoch wurden Sie akzeptiert?

Ja, weil ich als Organisator und ideologischer Einpeitscher wichtig für die Szene war. Es hieß: „Der Reitz kann super reden. Wenn er Demos anmeldet, werden sie genehmigt.“ Aber darüber hinaus wollte man mit mir nicht viel zu tun haben.

Trotzdem sind Sie 16 Jahre in der Szene geblieben.

Ich bin Idealist gewesen. Das Dritte Reich war für mich kein Terrorregime mit Konzentrationslagern, Völkermord und Rassenkriegen. Ich wollte ja etwas Gutes schaffen. Viele denken, wenn sie mit jemandem aus der rechten Szene sprechen, muss es sich um einen psychopathischen Nachkommen der Gaskammerpartei handeln, der alles und jeden ausrotten möchte. Ich habe mich aber eher als einen nationalen Sozialisten gesehen und weniger als Nationalsozialisten, fand vor allem die Idee der „Volksgemeinschaft“ gut. Dieser Idealismus ist in völlig falsche Bahnen abgedriftet, das ist mir heute klar. Dennoch halte ich nach wie vor nichts davon, zu sagen, unter Hitler sei damals alles verbrecherisch und schlimm gewesen. Das wäre in umgekehrter Form genau das Schwarz-Weiß-Denken, das in der rechtsextremen Szene vorherrscht.

Das klingt, mit Verlaub, schon etwas verharmlosend.

Ich kann durchaus verstehen, wenn jemand an dieser Stelle anderer Ansicht ist und mir Verharmlosung vorwirft. Geschichtliche Abläufe, Einstellungen und besonders menschliches Handeln lassen sich aber für mich nicht simpel auf einen einzigen Nenner bringen. Das alles ist viel zu komplex und muss differenziert betrachtet werden.



Andrew Schäfer

Axel Reitz



Wenn Axel Reitz von seinem Leben in der rechts-extremen Szene erzählt, hört Andrew Schäfer zu. Aufmerksam und meist schweigend, manchmal mit einem angedeuteten Kopfschütteln. Ab und zu fragt er nach, wenn ihm etwas zu vage bleibt, oder er widerspricht. Mit seiner Meinung hält er nicht hinterm Berg, klar und deutlich spricht er dann und doch behutsam, ohne den anderen bloßzustellen. Als Landespfarrer für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen Kirche im Rheinland ist es Andrew Schäfer gewohnt, mit Menschen zu reden, die ihr Leben ändern und aussteigen wollen. Seit einiger Zeit begleitet der Theologe Axel Reitz auf seinem Weg in ein neues Leben.

debatte: Herr Schäfer, jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient. Auch ein geistiger Brandstifter, wie es Axel Reitz gewesen ist?

Andrew Schäfer: Unbedingt! Das ist gar keine Frage für mich. Herr Reitz hat Fehler gemacht und dafür gebüßt. Er hat gesagt: Dieses Extreme ist falsch, diese Szene ist falsch und es sind die falschen Inhalte. Zwei Jahre lang saß er bereits im Gefängnis wegen Volksverhetzung ...

... und beginnt nun ein zweites Leben.

Schäfer: Ich finde das außerordentlich mutig, sich einer solchen Situation zu stellen. Herr Reitz tut das, ohne zu wissen, was als Nächstes kommen wird. Er ist an einem Wendepunkt seines Lebens angelangt. Er hat eine Türe hinter sich geschlossen, ohne zu wissen, wohin die Reise geht. Nur eines war ihm klar: Er muss einen Neuanfang wagen. Und ich finde, da hat er eine Chance verdient!

Dass sich die Kirche an die Seite der Opfer stellt, Anwalt der Schwachen ist, wird von ihr erwartet. Dass sich die Kirche aber auch an die Seite der Täter stellt, ist eher ungewöhnlich.

Schäfer: Sie mögen recht haben. Aber für mich ist das nicht ungewöhnlich. Als Beauftragter für Weltanschauungsfragen spreche ich häufig mit Aussteigern. Und auch jemand, der beispielsweise 30 Jahre lang bei Scientology gewesen ist, hat beides erlebt, ist Opfer und Täter zugleich. Axel Reitz hat sich von einem Menschenbild verführen lassen, das ihn selbst, wenn es auf ihn angewendet würde, sicher auch überfordern würde, an dem er scheitern würde.

Sehen Sie Herrn Reitz als Opfer oder als Täter?

Er ist beides. Aber er ist vor allem ein Täter gewesen, gar keine Frage. Und manches von dem, was Sie hier sagen, Herr Reitz, ist mir unangenehm, das teile ich nicht.

Herr Reitz, schämen Sie sich?

Reitz: Nein, Scham spüre ich nicht. Ich habe aus gutem Glauben heraus gehandelt. Dass man später einsieht, man hat falsch gehandelt und sich für falsche Dinge eingesetzt – allerdings aus einer richtigen Überzeugung heraus, nämlich um etwas Gutes tun zu wollen – verursacht mir keine Scham. Ich bereue aber, dass ich so lange im Widerspruch zu meinen Einsichten gelebt und erst so spät den Absprung geschafft habe. Und natürlich bin ich dafür verantwortlich, dass ich Leute in diese Szene hineingeführt habe, von der ich wusste und weiß, dass sie destruktive Tendenzen hat und sich destruktiv auf die Persönlichkeit der Menschen auswirkt. Das tut mir leid. Das ist eine Schuld, die ich auf mich geladen habe.

Schäfer: Wir sehen bei Axel Reitz eine Entwicklung vom Insider zum Aussteiger. Außenstehende neigen dazu, Dinge zu fixieren und statisch festzuschreiben. Ich glaube aber, seine Entwicklung bleibt weiter im Fluss. Das ist ein langer, anstrengender und auch schmerzhafter Prozess. Wie Sie, Herr Reitz, in drei Jahren darüber denken, was wir hier heute besprechen, wissen wir nicht. Das wird sich weiterentwickeln.

Wie haben Ihre Eltern auf den Ausstieg reagiert, Herr Reitz?

Reitz: Also mein älterer Herr war natürlich erst einmal etwas skeptisch und hat es mir nicht abgenommen. Als meine Eltern dann aber gesehen haben, dass ich es ernst meine, waren sie natürlich überglücklich.

Haben Sie sich bei ihnen entschuldigt?

Reitz: Weil ich Ihnen so viel Kummer bereitet habe?

Ja.

Reitz: Doch natürlich, das habe ich getan.

Schäfer: Sie stehen ganz loyal zu Ihnen und umgekehrt, wenn ich das richtig sehe.

Reitz: Ja, obwohl wir nicht nur rosige Zeiten hatten. Ich bin mit 16 Jahren von ihnen des Hauses verwiesen worden wegen der ständigen Querelen. Die Polizei war da, es gab antifaschistische Farbschmierereien an der Hauswand. Aber wir haben trotzdem immer Kontakt gehalten.

Schäfer: Das ist wichtig. Wenn ich mit Eltern spreche, rate ich ihnen: Seien Sie strikt in der Sache und ziehen Sie eine klare Grenze, bis wohin es für Sie geht! Aber bitte lassen Sie die Tür offen. Denn wenn das Kind irgendwann Zweifel hat, dann braucht es diese Tür, um zurückzukehren.

Axel Reitz steht vor einem Neuanfang in der Gesellschaft, die er sein halbes Leben lang bekämpft hat. Aussteigern wie ihm wird misstraut, niemand scheint auf einen wie ihn gewartet zu haben. Der ehemalige „Berufsdemonstrant“, wie er sich in Interviews selbst bezeichnete, hat keine Ausbildung und lebt von Hartz IV. Dreimal die Woche muss er in Koblenz vor Gericht erscheinen. Ein Ende des Prozesses ist nicht abzusehen. Ein Leben im Schwebezustand.

debatte: Mit welchem Gefühl blicken Sie in die Zukunft?

Reitz: Mit durchwachsenen Gefühlen. Bei meinen alten Kameraden schlägt jetzt der Hass um. Ich hatte ja nicht nur Freunde in der Szene. Der Ausstieg war dann für viele der Startschuss, um alte Rechnungen aufzumachen. Ich muss jetzt natürlich schon aufpassen, wenn ich über die Straße gehe, wer mir da über den Weg laufen könnte.

Haben Sie berufliche Pläne?

Ich möchte ein ganz normales Leben führen und auf keinen



Flyer von Axel Reitz' Sympathisanten, als er 2012 im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ festgenommen wurde.

Fall zu einem Berufsaussteiger werden. Wegen des laufenden Prozesses kann ich allerdings derzeit nichts Konkretes in Angriff nehmen. Ich muss schauen, welche Chancen sich ergeben. Da kann ich auch nicht großartig wählerisch sein. Da ich an Diabetes leide, wird es aber keine Malocherarbeit werden, sondern schon irgend-eine geistige Tätigkeit. Vielleicht ein Studium? Vielleicht etwas Kaufmännisches? Ich könnte mir auch vorstellen, bei einem Herrenausstatter zu arbeiten. Da bin ich für alles offen.

Für alles?

Das muss ich ja sein, denn ich habe keine Alternative. Ich kann doch mit Anfang 30 nicht sagen, für den Rest meines Lebens beziehe ich Hartz IV. Ich muss endlich eigenes Geld verdienen und unabhängig von staatlichen Zuwendungen werden.

Wollen Sie sich wieder politisch engagieren?

Nein, von der Politik habe ich mich verabschiedet. Das ist nicht mehr mein Feld, auf dem ich spielen möchte. Bei meiner Vita wäre es sowieso kaum möglich, irgendwo noch einmal Fuß zu fassen. Ich will nicht mehr in irgendwelchen idealistischen Fantasien schwelgen, sondern schauen, was ich im Kleinen ganz konkret tun kann.

Nämlich?

Ich unterstütze Musik- und Kunstvereine. Da tue ich etwas für die Kultur, die mir so wichtig ist und träume nicht von einer großen Revolution.

Wie verhalten sich die Vereinsmitglieder Ihnen gegenüber?

Ich stelle mich ja nicht vor und sage: Gestatten, ehemaliger Nazi! Wenn die Leute mich kennenlernen, dann lernen sie mich als Menschen kennen. Ich hatte immer auch einen Freundeskreis außerhalb der Szene. Ich kann in meinem Heimatdorf in jedes Restaurant gehen und werde mit Handschlag begrüßt, obwohl die Leute wissen, was ich vorher gemacht habe. Es gibt aber natürlich auch einige, die erhebliche Vorbehalte haben. Die sprechen mit mir kein Wort.

Kränkt Sie das?

Kränken wäre das falsche Wort. Ich stelle mir dann aber immer die Frage: Wie soll ich mich denn beweisen? Wie soll ich Menschen von der Lauterkeit meiner Haltung überzeugen, wenn mir dazu gar nicht die Gelegenheit gegeben wird? Ich hoffe auch bei diesen Zeitgenossen auf eine zweite Chance.

Kirche

gegen rechtes Denken



Gottes Gnade

Vor Gott sind alle Menschen gleich viel wert, aber nicht gleich – und dürfen nicht gleichgeschaltet werden. Darum ist christliches Engagement gegen Rechtsextremismus geboten.



ILLUSTRATION: FOTOLIA.COM/FIEDELS

gilt allen

I. „Vor Gott sind alle Menschen gleich“ – dieser Satz steht nicht in der Bibel. Trotzdem ist er allgemein akzeptiert und leuchtet unmittelbar als Kern christlicher Botschaft sowie als Begrenzung weltlicher Ungleichheiten ein. Es wird zu klären sein, wie dieser Satz christlich zu verstehen ist. Aber auch ohne diese Klärung ist darin schon der Grund erkennbar für das Engagement von Christinnen und Christen gegen Ungleichheitsideologien wie den Rechtsextremismus.

Definitionen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus sind vielfältig, haben aber einige Elemente stets gemeinsam. So findet sich die Überzeugung, Menschen seien ungleich viel wert und sozial ungleich, verbunden mit einer Abgrenzung der eigenen Gruppe nach außen. Damit hängt das Bemühen um Gleichschaltung zusammen und damit die Normierung und Homogenisierung der eigenen Gruppe nach innen. Ein Führerprinzip und damit ein autoritäres Staats- und Gesellschaftsverständnis stabilisiert diese Denkmuster und Ordnungsvorstellungen.

Diese Elemente widersprechen zutiefst der biblischen Botschaft. Die Bibel und die christliche Theologie setzen gegen jede Ideologie der Ungleichheit eine differenzierte Botschaft von der Gleichwertigkeit aller Menschen.

II. Vor Gott sind alle Menschen gleichwertig. Die biblische Schöpfungsgeschichte berichtet: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib“ (1. Mose 1,27, vgl. auch 1. Mose 5,2). „Mensch“ – das meint Frau und Mann in geschlechtlicher Unterschiedenheit, aber ohne Unterschied in der Gottesbeziehung. Auch die ausführlichere Erzählung in 2. Mose 4-25 lässt keinen Zweifel daran, dass es keine Wertverschiedenheit unter den Menschen gibt – erzählt wird von Mensch und Tier und dem Ende des Alleinseins durch die Teilung des ungeschlechtlichen Menschenwesens Adam in die Frau Eva und den Mann Adam. Die theologische Tradition sieht mit diesen Schöpfungsgeschichten die unverlierbare Würde jedes einzelnen Menschen in der Gottesbeziehung begründet. Alle soziale Ungleichheit gehört theologisch gesprochen nicht ins Paradies und damit in Gottes Schöpfungswillen, sondern in die geschichtliche, von Menschen gestaltete Welt, in der wir leben.

In dieser Welt der Ungleichheiten wird die Gleichwertigkeit der Schöpfungsbotschaft zum Auftrag: Die Gebote der hebräischen Bibel begrenzen Ungleichheiten durch Rechtsansprüche, die vor allem diejenigen schützen, die besonders von Ausgrenzung bedroht sind. Dem dienen zum Beispiel ethische Regelungen zum Sabbat (2. Mose 20,8-11) und Jubeljahr (3. Mose 25,1-10), zum Nachserecht auf den Feldern (3. Mose 19,9-10) und zur Leviratsehe (5. Mose 25,5-6) sowie zum ausdrücklichen Schutz von Migranten (5. Mose 5,14 und 3. Mose 19,33-34).

Die Zusammenfassung der Weisungen im Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18) – in der bekannten Luther-Übersetzung „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, wörtlich aber eher: „Liebe deinen Nächsten, er ist wie du“ – lässt deutlich den Gedanken der Gleichwertigkeit erkennen und weist in der Deutung im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25-37) ausdrücklich über die Grenzen von Familie und Nachbarschaft hinaus.

Der Zuspruch der Gottebenbildlichkeit und der Anspruch der Nächstenliebe fordern christliches Handeln heraus zur Anwaltschaft für alle, die von Ausgrenzung und Abwertung betroffen sind. Der Festreibung des anderen auf seine Andersartigkeit und der grundsätzlichen Diskriminierung von Einzelnen oder Gruppen aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, religiöser Überzeugung oder sexueller Orientierung muss darum aus theologischen Gründen widersprochen werden. Die Abgrenzung nach außen, die rechtsextremen Ideologien eigen ist, widerspricht der Universalität der biblischen Botschaft.



III.

Vor Gott sind Unterschiede wichtig. Darum gehört zum christlichen Verständnis des Satzes „Vor Gott sind alle Menschen gleich“ auch die Einsicht, wann dieser Satz nicht gilt. Er wird falsch, wenn es nicht mehr um die Relativierung weltlicher Unterschiede sozialer oder moralischer Art geht, sondern wenn mit seiner Hilfe die Unterscheidungen der biblischen Geschichte nivelliert werden. Die Schöpfungsgeschichte, so haben wir gesehen, unterscheidet zwischen den Geschlechtern. Die Bundesgeschichte unterscheidet bleibend zwischen dem erwählten Volk Israel und der dazu erwählten Völkerwelt. Die Kritik der sozialen Verhältnisse weiß um die Unterschiede zwischen Arm und Reich. Jesus nimmt Menschen in ihrer Individualität wahr. Dass Menschen – wie biblisch bezeugt wird – gleich viel wert sind, heißt nicht, dass sie gleich sind. Vielmehr ist Gleichwertigkeit verbunden mit der konkreten Anerkennung und Akzeptanz von Differenzen. Menschen haben unterschiedliche Nationalitäten, Hautfarben, Geschlechter, stammen aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und haben individuelle Biografien. Einer abstrakten Gleichsetzung muss aus theologischen Gründen widersprochen werden. Die Gleichschaltung nach innen, die rechtsextremen Ideologien eigen ist, widerspricht der Partikularität der biblischen Botschaft.

IV.

Alle Menschen sind Gott gegenüber verantwortlich. Diese Verantwortung kann nach evangelischem Verständnis weder aberkannt noch abgegeben werden. Das Gewissen ist frei, aber kein Mensch ist frei von Gewissen. In der Konsequenz des protestantischen Gedankens des Priestertums aller Gläubigen liegt eine grundsätzliche Autoritätskritik, die staatliche Gewalt und staatlichen Einfluss begrenzt. Kriterium für diese Begrenzung ist die biblische Unterscheidung „dessen, was des Kaisers ist“, von „dem, was Gottes ist“ (Matthäus 22,21). Eine absolute Geltung politischer Ideologien und ein Führerprinzip sind mit der Freiheit der Gewissen darum nicht vereinbar.

Eine zweite Begrenzung ergibt sich aus dem Gedanken der Verantwortung der und des Einzelnen vor Gott: „Richtet nicht“, so heißt es im Matthäusevangelium (Matthäus 7,1), „damit ihr nicht gerichtet werdet.“ Die Gottesbeziehung des Menschen entzieht ihn der Beurteilung durch seine Mitmenschen. Ob und wie ein Sein, ein Handeln, ein ganzes Leben zu beurteilen ist, ist nicht Sache von Menschen untereinander, sondern steht dem Schöpfer anheim. Die Sorge jedes Menschen mag sich auf das eigene Sein, Handeln und Leben richten – und sollte im Blick auf die anderen Zurückhaltung üben. Eine Verabsolutierung irdischer Autoritäten ist damit nicht vereinbar.

V.

Die vorhergehenden Abschnitte zeigten, dass weder die Vorstellung der Ungleichwertigkeit der Menschen, noch die soziale Gleichschaltung, noch die absolute Autorität eines Führers mit der biblischen Botschaft zu vereinbaren sind. Trotzdem waren Kirche und Theologie in der Vergangenheit nicht immun gegen die Verabsolutierung moralischer Autoritätsansprüche im eigenen Bereich und auch nicht gegen die Übernahme rechtsextremen Gedankengutes. Theologische Begründungen finden sich im Laufe der Jahrhunderte für Antisemitismus, für Sklaverei und Apartheid, für die Unterordnung der Frau unter den Mann, für autoritäre Staatsformen, für angemäßte absolute geistliche Autorität und die Unterdrückung von Gewissensfreiheit. Von selber, so muss heute eingestanden werden, erstreckt sich umfassende Nächstenliebe nicht auf wirklich alle Menschen. Zu stark sind oft die Wechselwirkungen zwischen theologischem und zeitgeistlichem Gedankengut.

VI.

Noch einmal muss der Satz „Vor Gott sind alle Menschen gleich“ in seinem richtigen Verständnis von einem falschen unterschieden werden: Er ist richtig, insofern er deutlich macht, dass alle Menschen, auch Christinnen und Christen und die ganze Kirche, Gottes Gnade brauchen und darum andere weder be- noch verurteilen sollen. Er ist falsch, wenn und sobald er dazu führt, alles Tun und alle politische Einstellung für gleichermaßen gültig zu erklären. Der reformierte Gedanke der Heiligung, auch er in der Formulierung „je länger, je mehr“ auf den Punkt gebracht, verlangt nach der Unterscheidung von mehr und weniger dem biblischen Zeugnis entsprechenden Überzeugungen und Verhaltensweisen. Heiligung bedeutet, gerade im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Gnadenbedürftigkeit deutlich und mutig Stellung zu beziehen gegen jede Partei und Ideologie, die das Urteil über Wert und Würde von Menschen und Menschengruppen für sich selbst beansprucht. Und Heiligung bedeutet, ebenso deutlich und mutig Stellung zu beziehen für jede Überzeugung und Gruppierung, die sich dafür einsetzt, Wert und Würde aller Menschen und Menschengruppen so wirksam zu schützen, dass Gottes Ehre nicht durch Verbrechen an seinen Geschöpfen gekränkt wird.

VII.

Rechtsextreme Ideologien bieten Zugehörigkeit und Orientierung, indem sie alles, was außerhalb der eigenen Nation oder des eigenen Milieus ist, abwerten und kategorisch ausschließen, und gleichzeitig alles, was innerhalb der eigenen Gruppe zu sein oder zu geschehen hat, vereinheitlichen und normieren. Ihr Bestreben dient der Exklusion. Christliche Gemeinden sind eine Gegenkultur zu solchen Entwürfen: Sie verstehen die Grenzen nach außen als offen und durchlässig, und sie sind nach innen sensibel für Unterschiede und Differenzen. Ihr Bestreben ist es, Exklusion zu überwinden und Inklusion zu ermöglichen, denn Gottes Gnade gilt allen.

Dr. Ilka Werner, Jahrgang 1964, ist Superintendentin des Kirchenkreises Solingen und Vorsitzende des Ständigen Theologischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland.



FOTO: EV. KIRCHENKREIS SOLINGEN

Niemand wird zurückgewiesen



Die Einladung zum Abendmahl gilt auch getauften Rechtsextremisten, sagt Dr. Dagmar Herbrecht, Leitende Dezernentin für Theologie und Verkündigung im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland. Doch wer daran teilnimmt, darf damit rechnen, dass Gott ihr und sein Leben verändert.

Alle Getauften sind zum Abendmahl eingeladen. Also gilt die Einladung auch Rechtsorientierten, Rechtsradikalen und Rechtsextremisten. Bei der Feier des Abendmahls ist Jesus Christus selbst der Gastgeber. Seine Einladung gilt allen, die sich glaubend von seiner Botschaft angesprochen fühlen. Menschen können keine weiteren Bedingungen stellen. Auch diejenigen, die die Einladung stellvertretend aussprechen, sind Gäste. Ein Gast kann dem Gastgeber zwar zur Hand gehen, aber er kann die anderen Gäste, die ebenso geladen sind, nicht von der Feier ausschließen.

Als Sakrament ist das Abendmahl eine von Gott eingesetzte, sichtbare und wirksame Handlung. Zu ihr gehören Wort und Zeichen. Die Zeichen der Abendmahlsfeier sind Brot und Wein, sie stehen für den Leib und das Blut Jesu Christi. Das Wort sind im engeren Sinn die Einsetzungsworte, darüber hinaus die Verkündigung im Abendmahlsgottesdienst. Im Abendmahl empfangen die Gläubigen Anteil am Tod und der Auferstehung Jesu Christi und den Zuspruch der Vergebung der Sünden. Hiervon kann niemand ausgeschlossen werden, die oder der Gottes Zuwendung in der Taufe erfahren hat.

Doch die bedingungslose Einladung ist weder folgenlos noch voraussetzungslos. Wer an der Feier des Abendmahls teilnimmt, darf damit rechnen, dass Gott sein oder ihr Leben verändert. Darauf sollte bei der Einladung zum Abendmahl hingewiesen werden, indem Jesus Christus einerseits in einladender Klarheit als „Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden“ verkündigt wird, der in seinem Mahl den Teilnehmenden sich selbst und damit die Vergebung ihrer Sünden leibhaftig zueignet. Und andererseits ist Jesus Christus in derselben Klarheit – „mit gleichem Ernst“ – als „Gottes kräftigen Anspruch auf unser ganzes Leben“ zu verkündigen, durch den „uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen“ widerfährt (vgl. Barmer Theologische Erklärung I und II). Zuspruch und Anspruch sind zusammenzuhalten, das kommt in der Handreichung „Verantwortlich zum Abendmahl einladen“, die sich die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland 2007 zu eigen gemacht hat, deutlich zum Ausdruck.

Die Einladung gilt allen Getauften. Ob sie auch angenommen wird, entscheidet der glaubende Mensch selbst. „Der Mensch prüfe aber sich selbst, und so esse er von diesem Brot und trinke aus diesem Kelch“ (1. Kor 11,28). Das gilt für jede und jeden. Wer mit

einer rechtsradikalen Einstellung oder als Mitglied einer rechtsextremen Gruppe am Abendmahl teilnehmen möchte, muss für sich zum Beispiel die Frage beantworten, ob sie oder er bereit wäre, auch im Alltag die Tischgemeinschaft mit Menschen aus der weltweiten Christenheit zu pflegen. Wie will sie oder er sich dem Anspruch Gottes auf unser Leben stellen und sich für die Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt einsetzen?

Ist die rechtsradikale Einstellung eines Menschen bekannt, können diese und andere Fragen angesprochen werden. Dazu gibt es im Leben einer Kirchengemeinde viele Gelegenheiten. Bei Veranstaltungen, in der Predigt, bei Begegnungen und im seelsorglichen Gespräch kann der Zuspruch und der Anspruch des Evangeliums erklärt und diskutiert werden. Dabei darf auch deutlich ausgesprochen werden, welche Taten und welche Gedanken sich nicht mit dem Glauben an Jesus Christus und dem Leben der christlichen Gemeinschaft vertragen.

Menschen entscheiden nicht, wen Jesus Christus an seinen Tisch lädt. Manchmal ist es schwer, das zu akzeptieren. Schon die Bibel berichtet davon, dass Jesus für seine Tischgemeinschaften kritisiert wurde. Da kamen Menschen zusammen, die im Alltag wenig miteinander zu tun hatten oder sich gezielt aus dem Weg gingen. Jesus hatte Gemeinschaft mit Vertretern der Obrigkeit, mit Fremden und mit Menschen, die am Rande der Gesellschaft standen. Kurz: Jesus hat sich allen zugewandt, die seine Botschaft hören wollten.

Deshalb wird unmittelbar vor der Feier und im Verlauf des Abendmahls nicht kontrolliert und es wird niemand zurückgewiesen. Die Zumutung liegt darin, darauf zu vertrauen, dass Gottes Geist jeder und jedem Einzelnen dabei hilft, das eigene Gewissen zu prüfen – auch der Rechtsextremistin, dem Rechtsradikalen oder den Rechtsorientierten. Wer diese Zumutung annimmt, darf hoffen, dass bei den Menschen, die Jesus an seinen Tisch lädt, der Glaube als Heilsvertrauen auf Jesus Christus wirklich gegeben ist und dass die Teilnahme wirklich die ihr entsprechenden Folgen haben wird.

Dr. Dagmar Herbrecht, Jahrgang 1963, ist Leitende Dezernentin für Theologie und Verkündigung im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland.



FOTO: EKIR.DE

FOTO: EPD-BILD / RAINER OETTEL



UNGEEIGNET ZUR GEMEINDE- LEITUNG

Rechtsextremisten haben im Presbyterium nichts verloren, sagt Johann Weusmann, Vizepräsident der Evangelischen Kirche im Rheinland. Denn sie stellen Bekenntnis und Auftrag der Gemeinde infrage.

Eine als rechtsextrem einzustufende Person kandidiert für ein Presbyterium – was tun? Die Situation stellt eine große Herausforderung nicht nur für die Gemeindeleitung, sondern für die ganze Gemeinde dar.

Den Rechtsextremismus zu bekämpfen, gehört zur öffentlichen Verantwortung der Kirche. Die christliche Botschaft geht von der Gleichheit aller Menschen als Geschöpfe Gottes aus. Die Bibel spricht sogar von der Ebenbildlichkeit Gottes. Damit lässt sich nicht vereinbaren, dass die Unverletzlichkeit der Menschenwürde und der Menschenrechte infrage gestellt wird. Eine Unterscheidung nach Volkszugehörigkeit, Rasse oder sozialem Status, wie man es bei Menschen mit rechtsaffiner Einstellung erlebt, ist mit der biblischen Botschaft nicht vereinbar. Im Gegenteil: Der Schutz von Minderheiten, Verfolgten und Flüchtlingen ist unverzichtbar mit dem Auftrag der Kirche verbunden. Christinnen und Christen sind dazu aufgerufen, gegen jede Form von menschenverachtenden Tendenzen in unserer Gesellschaft Widerstand zu leisten.

Rechtsaffine Einstellungen sind in der Bevölkerung und damit natürlich auch unter Mitgliedern unserer Kirche vorhanden. Sie reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Wenn jemand für das Presbyterium kandidiert, von der oder dem bekannt ist, dass sie oder er rechtsgerichtete Positionen vertritt, so wird das amtierende Presbyterium mit der Person zunächst das Gespräch suchen müssen. Es ist zu klären, ob die Person entsprechend den Vorgaben der Kirchenordnung „zu Leitung und Aufbau der Kirchengemeinde“ geeignet ist. Nur wer den Auftrag der Kirche annimmt, der kann auch an dessen Verwirklichung mitwirken. In diesem Sinne legen die Kandidatinnen und Kandidaten für das Presbyteramt vor der Gemeinde ein Gelübde ab, das sich auch auf die Barmer Theologische Erklärung bezieht. Diese tritt diktatorischen Regierungsformen und einer Verharmlosung oder gar Rechtfertigung des Nationalsozialismus entgegen und belegt dieses durch die biblische Botschaft. Deshalb gilt: Wer den Auftrag der Kirche grundsätzlich infrage stellt, der darf nicht Mitglied des Presbyteriums sein.

Auch wenn über diese Erkenntnis im Grundsatz schnell Einigkeit erzielt werden kann, dürfte die Abgrenzung im Einzelfall nicht leicht fallen. Denn die Frage ist dann: Kann man eine Person von der Wahl ins Presbyterium ausschließen? Die rechtsaffine Einstellung allein reicht dafür nicht aus. Vielmehr kommt es darauf an, wie weit die rechtsgerichtete Orientierung reicht.

Hilfreich ist es, zwischen den Begriffen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtsorientierung zu unterscheiden. Nach einer Definition der „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz“ lehnt der Rechtsextremismus das Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Demgegenüber

bewegt sich der Rechtsradikalismus noch innerhalb des rechtlich erlaubten politischen Spektrums. Schließlich wird der Begriff Rechtsorientierung gebraucht, wenn Menschen in ihrem Weltbild noch nicht rechtsextrem oder rechtsradikal gefestigt sind, aber bestimmte rechtsaffine Einstellungen und Vorurteile aufweisen oder äußern.

Legt man diese Definitionen zugrunde, dann ist es nicht vorstellbar, dass eine Person ein Presbyteramt in der Gemeinde ausübt, die zum rechtsextremen Spektrum gehört. Sie ist nicht zur Leitung und zum Aufbau der Kirchengemeinde geeignet, weil sie die Bekenntnisgrundsätze unserer Kirche missachtet. Gemeindliches Engagement und gemeindliches Handeln sind in der Erfahrung des Glaubens verwurzelt, dass Gott sich den Menschen zugewandt hat. Besonders diejenigen, die sich in Not und Elend befinden, dürfen auf Barmherzigkeit vertrauen. Deshalb kann jemand, der einer menschenverachtenden Ideologie anhängt, kein Leitungsamt in der Gemeinde übernehmen. Der Widerspruch zwischen kirchlichem Anspruch und politischer Haltung ist unauflösbar.

Weitaus schwieriger ist die Frage in den Fällen zu beantworten, in denen eine Person im Sinne der vorgenannten Definition rechtsradikal ist oder lediglich eine rechte Orientierung aufweist. Hier wird es zunächst darum gehen, auszuloten, wie die Widersprüche zwischen christlicher Botschaft und politischer Einstellung zu bewerten sind. Persönliche und seelsorgerische Gespräche mit der Kandidatin oder dem Kandidaten sind notwendig. Es ist aber auch zu bedenken, welche Außenwirkung eine entsprechende Kandidatur für die Gemeinde hat. Auch deren Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Wenn belastbare Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass eine solche Person für die Gemeinde nicht tragbar ist, dann muss ein Ausschluss in Erwägung gezogen werden. Er ist genau zu begründen, damit er einer rechtlichen Überprüfung standhält.

Dr. Johann Weusmann, Jahrgang 1964, ist seit Januar 2013 Vizepräsident und leitender Jurist der Evangelischen Kirche im Rheinland.



FOTO: EKIR.DE



Thor Odinson wurde einst von den Wikingern als Gott des Donners verehrt. Seine bevorzugte Waffe ist sein Kriegshammer Mjolnir.

Fasziniert von starken Göttern

Rechtsextremisten begeistern sich für die germanische Mythologie, meist ohne wirkliches Wissen um die Kultur. Die nordischen Götter verkörpern für sie eine Religion der Stärke.

ILLUSTRATION: FOTOLIA.COM/XUNANTUNIGH

debatte: Ob Wotan oder Thor – die Götter der Germanen stehen bei Rechtsextremisten hoch im Kurs. Was reizt sie an der nordischen Mythologie?

Andrew Schäfer: Die nordischen Götter verkörpern für sie eine Religion der Stärke, des Selbstbewusstseins, der Rasse und der Nation. Das Christentum wird dagegen als Religion der Schwäche, als eine „Mitleidsreligion“ verstanden. Dagegen soll etwas Heroisches gesetzt werden – dafür steht der Germanenkult. Ein Zitat von einer rechtsextremen Website beschreibt diese Faszination sehr anschaulich: „Das Christentum degradiert den Menschen zum Sklaven und zum unmündigen Kind des Judengottes Jahwe, während im Germanentum der Mensch als freigeistiges Gemeinschaftswesen gesehen wird, das sich weder Göttern noch anderen Wesen unterwirft, weil es dafür zu stolz ist.“

Das klingt sehr martialisch. Aber die Bewunderung für germanische Götter macht noch keinen Rechtsextremisten.

Nein, nicht jeder neue Heide ist Rechtsextremist. Es gibt auch Gruppen wie „Heiden gegen rechts“, die sich klar von einem rechtsextremen Denken distanzieren. Aber eine rechtsextreme Lebenshaltung ist, wenn sie denn religiös grundiert wird, in der Regel auf das Germanentum bezogen – meist ohne wirkliches Wissen um germanische Kultur und ihre Mythen.



Germanengott Odin



Drachenaue



Wotan-Denkmal in Thale, Sachsen-Anhalt

Adler mit Fisch in den Klauen
(Gegensymbol zum Christentum)Altes Symbol der Weltenesche Irminsul
(Gegensymbol zum christlichen Kreuz)

Wie das?

Der Germanenkult ist häufig eine Rückprojektion eigener Vorstellungen und Wünsche. Sie entspricht oft nicht dem, was wir religionswissenschaftlich über die Germanen wissen. Wer von den Göttern der Germanen fasziniert ist, sucht nach einer Art von Urreligion, die die christliche Gegenwart kontrastiert. Das gilt für die neuheidnische Bewegung insgesamt. Das Problem dabei ist, dass die Germanen keine Schrift- und Buchkultur hatten. Die Quellenlage ist äußerst schwierig, es ist kaum etwas erhalten. So wird ganz viel konstruiert und die Tradition der Germanen oft instrumentalisiert – auch von Rechtsextremen. Das, was im rechtsextremen Bereich vom Germanentum vorgetragen wird, ist häufig ein Zerrbild.

Welche Symbole pflegen die Anhänger des Germanenkults?

Es gibt das bekannte Bild des Adlers, als Ausdruck von Stärke, der einen Fisch in seinen Klauen hält. Das ist ein Gegensymbol zum Christentum. Ein anderes Symbol ist die Weltenesche, Irminsul genannt, die das Dach der Welt trägt. Sie soll ein Gegensymbol zum christlichen Kreuz darstellen. Überhaupt spielen Kraftorte, heilige Bäume eine große Rolle. Dahinter steht ein magisches Denken, dass an bestimmten Orten Kraft gebündelt wird, derer man sich auch bedienen kann.

Wie hat sich der Germanenkult in Deutschland entwickelt?

Die germanischen Symbole wurden im 18. Jahrhundert interessanterweise zunächst von linksgerichteten Kreisen aufgenommen: Göttinger Studenten, Frühromantiker, suchten eine eigene Identität. Sie waren gesellschaftskritisch orientiert und versuchten an Uralters anzuknüpfen, zunächst einmal gar nicht im Gegensatz zum Christentum. Der Blick auf das eigene Volk und die eigene Geschichte stand im Vordergrund.

Und später?

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Idee einer deutschen Nation und mit ihr das Bedürfnis nach einer Religion für das eigene Volk. Das geschah in zwei Richtungen. Die einen sagten: Diese „deutsche“ Religion sei mit dem Christentum zu vereinbaren, es müsse nur von seinen jüdischen Wurzeln gereinigt werden. Die anderen widersprachen und wollten eine Religion völlig ohne christliche Bezüge. Ihnen ging es um einen Glauben der Selbsterlösung und eine Germanisierung der Religion.

An welche Richtung hat der Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert angeknüpft?

Vertreter des Nationalsozialismus haben sich immer sehr diffus geäußert – aus strategischen Gründen, denke ich. Sie haben letztlich ein überkonfessionelles positives Christentum proklamiert und sich an einer Abrisierung des Christentums versucht. Daran konnten dann die „Deutschen Christen“ anknüpfen. Wenn Hitler die Chance gehabt hätte, seinen verbrecherischen Krieg zu gewinnen, hätte er danach mit der Kirche abgerechnet.

Welche Gruppen halten heute die Mythen der Germanen wach?

Beispielhaft seien „Rabenclan“ und die „Germanische Glaubensgemeinschaft“ genannt. „Rabenclan“ ist die selbst ernannte Interessenvertretung von Menschen, die sich an heidnischen

Traditionen orientieren. Sie sagt: Jeder Mensch ist verantwortlich für die Bewahrung von Mutter Erde und muss mit ihr in Harmonie leben. Die Anhänger orientieren sich an den Jahreszeiten und entwickeln Rituale zur Lebensbegleitung. Letztlich artikulieren sich zutiefst menschliche Bedürfnisse in ihrem heidnischen Symbolsystem. Die „Germanische Glaubensgemeinschaft“ geht auf Ludwig Fahrenkrog zurück, der 1952 gestorben ist. Sie lehnt jede Form des politischen Extremismus und Rassismus ab. Géza von Neményi steht ihr als Stammespriester vor. Sie ist nicht zu verwechseln mit der „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“. Diese Gruppierung ist repräsentativ für einen ins Rechtsextreme verzerrten Germanenkult.

Wo steht sie programmatisch?

Sie nimmt deutschnationale Strömungen auf, radikalisiert sie und führt sie ins Extreme. Geleitet wurde sie bis zu seinem Tod im Jahr 2009 von Jürgen Rieger, einem Juristen, der Rechtsextreme verteidigt hat und der der NPD nahestand. Er lehnt das Christentum als vermeintlich volksfeindlich ab. Für ihn steht es im Gegensatz zur Evolution und wirkt lebenszerstörend, weil es zum Beispiel nicht auf Rangordnung und Feindesbekämpfung setzt.

Wie viele Anhänger hat die Artgemeinschaft?

Die Mitgliederzahl ist gering. Da sie ihren kruden Auffassungen aber oft Taten folgen lässt, ist es gar nicht so wichtig, wie viele sie sind. Man darf sie nicht unterschätzen. Sie schafft es immer wieder, eine gewisse mediale Präsenz zu erlangen, indem sie extreme Positionen formuliert, die für die Mehrheitsgesellschaft anstößig sind. Der Rassismus, in den das mündet, steht in deutlichem Gegensatz zu unseren Grundwerten und zu unserem Grundgesetz.

Demgegenüber erscheinen die neuen Heiden fast harmlos.

In einer offenen Gesellschaft wie der unseren sollten wir es gelassen nehmen, das Menschen nach einer vorchristlichen religiösen Tradition fragen. Das ist die Entscheidung jedes Einzelnen. Als Kirche können wir nur versuchen, die christlichen Vorstellungen von Gott, Mensch und Welt verständlich zu machen und für sie zu werben.

Interview: Dagmar Paffenholz

Andrew Schäfer, Jahrgang 1961, ist Landespfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland für Sekten- und Weltanschauungsfragen.



FOTO: MARKUS FEGER



ANTISEMITISMUS IST GOTTESLÄSTERUNG

Judenfeindschaft lästert Gott, stellt Volker
Haarmann klar, Landespfarrer für den christlich-
jüdischen Dialog in der Evangelischen Kirche
im Rheinland. Die Kirche, ja selbst der Reformator
Martin Luther, hat dazu beigetragen.

„Antisemitismus“ ist ein relative junger Begriff, der erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Verwendung findet. In einer aktuellen Antisemitismusstudie, die das Bundesministerium des Innern bei einer Expertengruppe in Auftrag gegeben und im August 2011 veröffentlicht hat, heißt es: „Antisemitismus meint Feindschaft gegen Juden als Juden, das heißt, der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird.“ Den Ergebnissen dieser umfangreichen jüngsten Studie zufolge muss mit 20 Prozent latenter Antisemitismus in unserer Gesellschaft gerechnet werden.

Werner Bergmann, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, definiert Antisemitismus noch

prägnanter als „Weltanschauung, die in der Existenz der Juden die Ursache sozialer, politischer, religiöser und kultureller Probleme sieht“. Der Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno nannte Antisemitismus schlicht „das Gerücht über die Juden“.

Schuldgeschichte der Kirchen

Die Kirchen haben heute eine besondere Verantwortung, dem Antisemitismus entschieden zu widersprechen. Denn durch den christlichen Antijudaismus haben sie zu allen Zeiten zur Judenfeindschaft beigetragen. Im Antijudaismus liegen die Wurzeln auch des modernen Antisemitismus. Antijudaismus hat sich immer schon theologischer Begründungen bedient und ist seit nahezu 2000 Jahren aus christlicher Theologie und kirchlicher Lehre heraus erwachsen.

Von der Antike bis in die Moderne reicht die tragische Geschichte, in der die Kirche ihr Selbstverständnis weitgehend in einer Abwehrhaltung gegenüber dem Judentum formuliert hat. Was im Neuen Testament noch eine innerjüdische Polemik war, mit der sich einige jüdische Autoren neutestamentlicher Texte von anderen jüdischen Strömungen ihrer Zeit abgrenzten, wandelte sich innerhalb kürzester Zeit schon bei den Kirchenvätern in schroffen Antijudaismus. Nicht zuletzt das Selbstverständnis der Christen, das „wahre Israel“ zu sein, führte dabei seit der Zeit der Alten Kirche zur Enterbung des sogenannten „alten Israel“. Im Mittelalter litten Jüdinnen und Juden unter theologischer Stigmatisierung und Verleumdungen, die durch Ritualmord- und Brunnenvergiftungsgerüchte maßgeblich aus kirchlichem Mund propagiert wurden. Gleichzeitig wurde kirchliches Recht zu einem Instrument weitgehender Unterdrückung und Vertreibung der Juden.

Einen ersten Höhepunkt erlebten von der Kirche angestiftete Judenpogrome im Jahr 1096, als die jüdische Bevölkerung der rheinischen Städte den Kreuzfahrertruppen zum Opfer fiel und entweder zwangsgetauft oder getötet wurde. Auf dem IV. Laterankonzil wurde 1215 die Kennzeichnung der Kleidung von Juden als – laut damaliger kirchlicher Lehre – Angehörige des von Gott „verworfenen“ Volkes verfügt.

Mit Blick auf die Reformation ist heute zu fragen, inwieweit Luthers Theologie auch in Kerngedanken wie beispielsweise dem grundsätzlich negativen Gesetzesverständnis antijüdisches Denken impliziert. 1543 jedenfalls gipfelte Luthers Antijudaismus in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“. Luther ruft hier ausdrücklich dazu auf, jüdische Häuser und Synagogen zu verbrennen und die Juden „wie einen tollen Hund auszutreiben“. Luther tritt dabei nicht nur als christlich motivierter Antijudaist auf, sondern ist nach Einschätzung des Erziehungswissenschaftlers Micha Brumlik auch im allgemeineren Sinne als „Judenfeind“ und als „Frühantisemit“ zu bezeichnen.

Dass diese und andere theologische Schriften von der nationalsozialistischen Propaganda dankbar aufgegriffen werden konnten, verdeutlicht die Tiefe der kirchlichen Verstrickungen in Antijudaismus und Antisemitismus auch mit Blick auf die Shoa. Aus diesem Grund sah sich die Synode der rheinischen Kirche 1980 gefordert, ein ausdrückliches Bekenntnis zur „christliche[n] Mitverantwortung und Schuld“ an der Shoa auszusprechen.

„Sünde gegen den Heiligen Geist“

Aber nicht nur aus ihrer besonderen Schuldgeschichte heraus muss sich Kirche in besonderer Weise gegen Antisemitismus einsetzen. So gibt es neben den allgemein menschlichen auch spezifisch theologische Gründe, die gegen jeglichen Antisemitismus sprechen: Antisemitismus, so hat es der Theologe Karl Barth schon 1938 kurz nach den Novemberpogromen formuliert, ist nicht nur Sünde gegen die Mitmenschen, sondern auch „Sünde gegen den Heiligen Geist“. Antisemitismus ist Gotteslästerung. Und wer die Juden verwirft, verwirft Jesus Christus.

Gefahren im theologischen Diskurs

Neben dem offenen und damit meist auch leicht zu entlarvenden Antisemitismus fordern derzeit vor allem Positionen heraus, die zwar nicht unmittelbar antisemitisch sind, die jedoch einen

antisemitischen Diskurs befördern können. Insbesondere drei Bereiche sind mit Blick auf die Kirchen zu nennen:

• Bevormundung der jüdischen Tradition

Wenn Christen Juden vorschreiben, wie sie sich als Juden zu verstehen haben und was sie in ihrer jüdischen Tradition zu tun oder zu lassen haben, dann ist auch das eine Form des Antijudaismus. Unlängst war dies vor allem in der sogenannten Beschneidungsdebatte wieder mehrfach der Fall. So zeugte die verbreitete Forderung, das Judentum solle die Beschneidung auf ein Alter verlegen, in dem eine persönliche Einwilligung erfolgen kann, nicht nur von einer Unkenntnis der jüdischen Beschneidung und ihrer Grundlagen. Die Möglichkeit jüdischen Lebens in Deutschland wurde – unter dem Deckmantel eines vereinheitlich humanitären Anliegens – mit einem Mal wieder offen infrage gestellt. Die Verunsicherung, zu denen diese Angriffe bei Juden in Deutschland geführt haben, war verständlicherweise groß.

• Diffamierung von alttestamentlicher und rabbinischer Theologie

Auch die Abwertung alttestamentlicher und rabbinischer Theologie kann antijüdische Diskurse bestärken. Im Sommer 2011 schrieb beispielsweise Jochen Vollmer, ein pensionierter Pfarrer, im „Deutschen Pfarrerblatt“ einen Artikel unter der Überschrift: „Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker. Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie“. Der Autor kontrastiert die Weite des Neuen Testaments mit einer vermeintlich national verengten Perspektive in weiten Teilen der hebräischen Bibel. Dieses diffamierende Zerrbild von einem „Nationalgott“ des Alten Testaments wird von Vollmer dann unmittelbar mit israelischer Siedlungspolitik in Verbindung gebracht.

• „Israelkritik“

Die Regierungspolitik Israels kann und muss ebenso kritisiert werden wie die Politik der palästinensischen Autonomiebehörde, wie die Politik der deutschen Regierung oder die Politik jedes anderen Landes. Wenn über Israel gesprochen wird, geht es aber nicht immer nur um konkrete Politik: Eine Dämonisierung des jüdischen Staates, die Delegitimierung Israels und eine Doppel-moral, die Israel und andere Staaten verschieden bemisst, können antisemitische Diskurse beflügeln. Hier muss man deutlich von legitimer Kritik an Israels Regierungspolitik unterscheiden. Auch die auf einen generellen Boykott Israels abzielenden Aufrufe, wie sie auch in kirchlichen Kreisen immer wieder vertreten werden, sind hier kritisch auf ihre Intentionen und auf ihre Konsequenzen hin zu befragen.

Dr. Volker Haarmann, Jahrgang 1973, ist seit 2011 Landespfarrer für christlich-jüdischen Dialog in der Evangelischen Kirche im Rheinland.



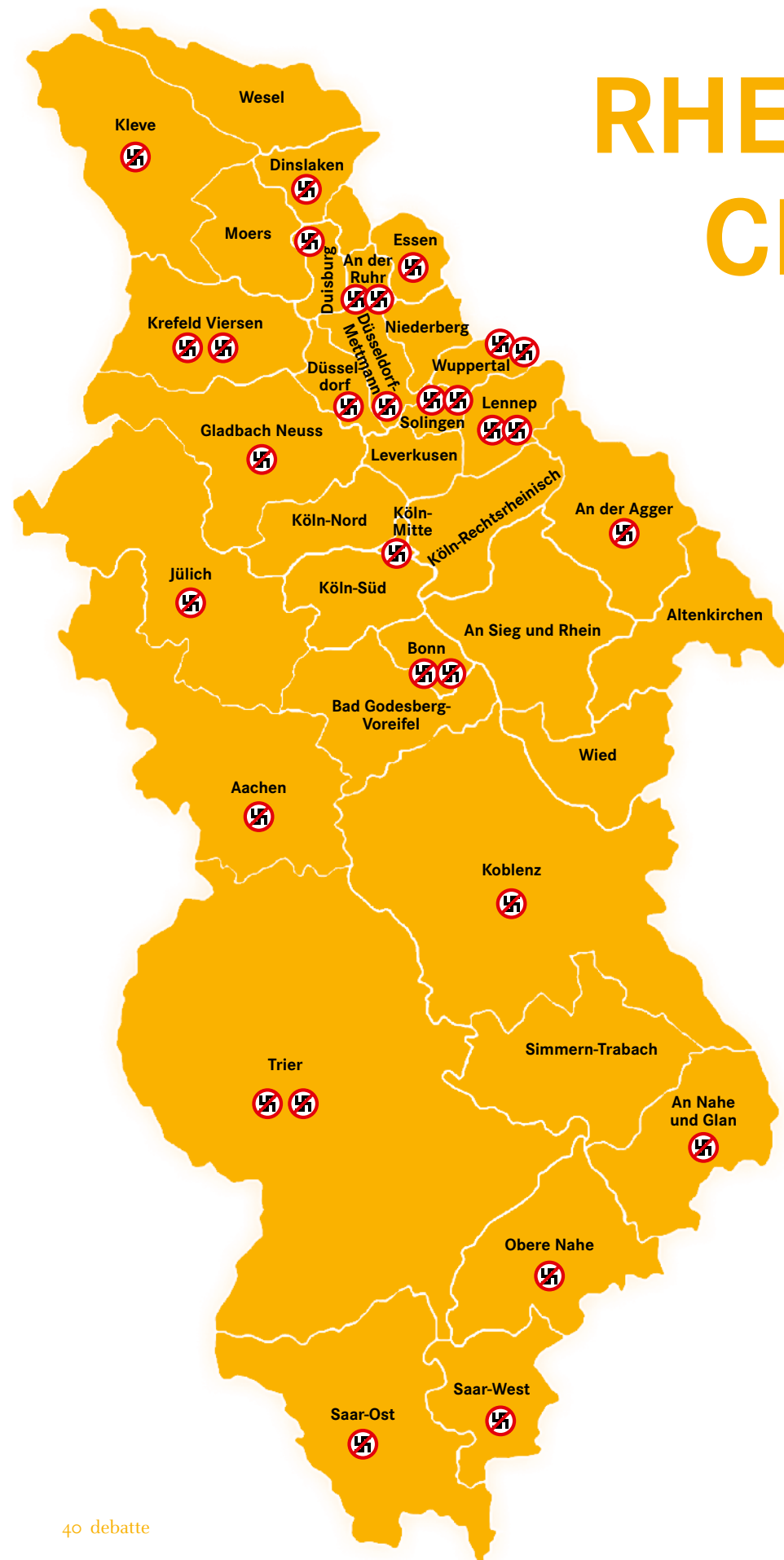
FOTO: MARKUS FEGER

Christen

engagieren sich



RHEINISCHE CHRISTEN GEGEN RECHTS



Zwischen Emmerich und Saarbrücken gibt es zahlreiche Netzwerke und Bündnisse gegen rechts, an denen sich Kirchengemeinden und Kirchenkreise beteiligen. Unsere Karte zeigt etablierte Netzwerke. Darüber hinaus finden sich noch viele kleinere Bündnisse und anlassbezogene Adhoc-Aktionen. Wer sich gegen rechts engagieren möchte, kann sich an die hier genannten Initiativen wenden, aber auch in der eigenen Kirchengemeinde und beim Kirchenkreis nachfragen.

- **Aachen**
Kirche gegen rechts: www.kirchegegenrechts.de
- **An der Agger**
Oberberg ist bunt e.V.: www.oberberg-ist-bunt.org
- **Bonn**
Bonn bleibt bunt: <http://koeln-bonn.dgb.de/buendnisse/bonn/bonn-bleibt-bunt>

Bonn stellt sich quer: www.bonn-stellt-sich-quer.de
- **Dinslaken**
Bündnis gegen rechts: <https://de-de.facebook.com/dinslakener.bundnisgegenrechts>, Ansprechpartner Frank Jessen: frank.jessen@integralis-ev.de
- **Düsseldorf**
Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus: www.respekt-und-mut.de
- **Düsseldorf-Mettmann**
Mettmann gegen rechts: www.mettmann-gegen-rechts.de
- **Duisburg**
Duisburger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage: www.wir-sind-du.de
- **Essen**
Essen bunt – nicht braun!: kray-ist-bunt.tumblr.com
- **Gladbach Neuss**
Mönchengladbacher Bündnis „Aufstehen! – Für Menschenwürde – Gegen Rechtsextremismus“: www.theo-hespers-stiftung.de/buendnis-mg
- **Jülich**
Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt: www.duerener-buendnis.de
- **Kleve**
Haus der Begegnung Beth HaMifgash, Zentrum gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit: www.hdb-kleve.de
- **Koblenz**
Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie: www.facebook.com/BuendnisRemagen
- **Köln und Region**
Kölner Appell gegen Rassismus: www.koelnerappell.de
- **Krefeld Viersen**
Bündnis Krefeld für Toleranz und Demokratie e.V.: www.krefeld-ohne-nazis.de

Netzwerk Bunt es Kempen – Bündnis für Toleranz und Demokratie, E-Mail: info@netzwerk-buntes-kempen.de
- **Lennep**
Remscheid Tolerant: www.remscheid-tolerant.de

Runder Tisch gegen rechts e.V.: www.radevormwald-gegen-rechts.de
- **An Nahe und Glan**
Netzwerk am Turm – Bündnis gegen rechts: www.netzwerk-am-turm.de
- **Obere Nahe**
Toleranz fördern, Kompetenz stärken: Toleranter Landkreis Kusel und Initiative „To(l)leranz – find ich gut“: www.jugend.rlp.de/4179.html, Ansprechpartner: Gerold Lofi, Jurefla@t-online.de
- **An der Ruhr**
MIT – Mülheimer Initiative für Toleranz: www.muelheim-ruhr.de/cms/mit_-_muelheimer_initiative_fuer_toleranz_gegen_rassismus_diskriminierung_und_gewalt1.html

„Hau rein“-Courage-Training und Prävention: www.ekir.de/kk-an-der-ruhr/handeln/hau-rein-1638.php
- **Saar-Ost und West**
Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.: www.netzwerk-courage.de/web
- **Solingen**
Bündnis Bunt statt Braun: www.solingen-ist-bunt.de

Solingen stellt sich quer: <http://solingenquer.wordpress.com>
- **Trier**
Bündnis gegen rechts Trier: www.facebook.com/bgrtrier

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz: www.beratungsnetzwerk-rlp.de
- **Wetzlar/Braunsfeld**
Bündnis gegen Nazis in Wetzlar: <https://de-de.facebook.com/pages/Bündnis-gegen-Nazis-Wetzlar/350730244953860>, Ansprechpartner: Diakon Harald Würges, Tel.: 01578/3287900, E-Mail: h-wuerges@t-online.de

Lokaler Aktionsplan „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Wetzlar und Lahn-Dill-Kreis, Ansprechpartner: Diakon Harald Würges (für die Kirchenkreise) Tel. 01578/3287900, E-Mail: h-wuerges@t-online.de; Dirk Fellert (für die Stadt Wetzlar), Tel. 06441/99-1040, E-Mail: dirk.fellert@wetzlar.de; Martina Lühmann (für den Lahn-Dill-Kreis), Tel. 06441/407-1556, E-Mail: martina.luehmann@lahn-dill-kreis.de

Arbeitskreis Frieden im Kirchenkreis Braunsfeld, Ansprechpartner: Ernst von der Recke, Tel.: 06445/5560, E-Mail: vonderrecke@web.de
- **Wuppertal**
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz: www.wuppertaler-initiative.de

Kampagne Kein Ort für Nazis: www.wuppertal-gegen-nazis.de



Anwohner machen deutlich, was sie von ihren neuen Nachbarn halten.

NEBENAN DIE NPD

Ein Schock für die Anwohner: Im Herbst 2012 bezog die Geschäftsstelle der nordrhein-westfälischen NPD ihren Sitz in Essen-Kray. Die Menschen im Viertel machen seitdem mobil gegen rechts. Christinnen und Christen fragen sich: Muss man den Feind wirklich lieben?

Text: Thomas Becker

Fotos: Dominik Asbach

Das Holztor ist braun, natürlich. Und es ist verschlossen, auch das wundert kaum. Besucher aus dem Stadtteil sind schließlich nicht willkommen im Hinterhaus der Marienstraße 66a. Es liegt eingekellt zwischen Häuserfronten, die Schutz bieten. Ja, hier im Schatten der Häuser lässt sich gut arbeiten, diskutieren, diskriminieren.

Saskia Haße, beige Jacke, sanfte Ausstrahlung, ist eine der wenigen, die einen Schlüssel zum Holztor besitzt. Die junge Frau und Mutter wohnt im Vorderhaus – wie lange noch, weiß sie nicht. Gut möglich, dass sie bald auszieht wegen der Feindseligkeiten, die sie satt hat. Sie schließt auf. Hinter dem Tor säumen Pflastersteine den Weg. In einem Schaukasten hängen Wahlplakate. „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“, „Maria statt Scharia“, „Natürlich deutsch“ lauten die Botschaften. Längst ist klar, woher der Wind weht: von rechts. Still und heimlich, ohne Wissen der Anwohner, hat die Landesgeschäftsstelle der nordrhein-westfälischen NPD im September 2012 ihr Domizil im zweigeschossigen Hinterhaus bezogen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich anschließend die Nachricht im Stadtteil: Nazis nebenan, in der eigenen Straße, gar im eigenen Haus. „Das war ein Schock für mich“, sagt Saskia Haße.

Sie betritt ihre Wohnung, oben im Dachgeschoss, und geht ins Zimmer ihres achtjährigen Sohnes. Plüschtiere und Bausteine liegen herum. Am Fenster



Im Schaukasten platziert die NPD ihre Botschaften.



Liebe deinen Nächsten? Das ist bei Rechtsextremen nicht so einfach, findet Pfarrerin Michaela Langenheim.



„Kray ist bunt“, lautet die Botschaft der Bürger.



Straßenfeste stärken die Solidarität im Viertel.

baumelt ein BVB-Schal. Die Mutter schaut hinaus und kann immer noch nicht fassen, dass sie hier tagtäglich Sprüche wie „Asylmissbrauch verhindern“ lesen muss. Wie ihr geht es vielen im Stadtteil. Dass sich Rechtsradikale gerade ihr Viertel als Stützpunkt ausgesucht haben, trifft die Anwohner ins Mark. Es herrscht ein Klima der Empörung, Unsicherheit und Angst. Wird sich der Stadtteil radikalieren? Trifft die Hetze der Rechtsradikalen auf fruchtbaren Boden? Folgen Naziaufmärsche? Drohen Brandanschläge?

Essen-Kray, ein Jahr später, im September 2013. Auf einem Spielplatz, hundert Meter von der NPD-Landesgeschäftsstelle entfernt, treffen sich Anwohner zu einem „Fest der Begegnung“. Die SPD-Jugendgruppe der „Falken“ hat ihr Zelt aufgeschlagen, ebenso die Antifa aus Essen. Auf einem Bordstein steht „No Nazis“ in fetter Schrift. Eine klare Botschaft. Eingeladen zum Straßenfest hat der Runde Tisch „Kray ist bunt“. Das Bündnis wurde auf Initiative der Evangelischen Kirchengemeinde Essen-Kray gegründet, kurz nachdem die NPD-Landesgeschäftsstelle ihr Quartier bezogen hatte. Anwohner, Vertreter der Mitte-Links-Parteien, von Kirchen, Schulen und Kindergärten haben sich dort zusammengeschlossen. Ziel ist, „gegen rechte, rassistische und diskriminierende Tendenzen und Erscheinungsformen“ vorzugehen. Dafür engagiert sich auch Kai Freudenreich. Gerade ist er auf dem Straßenfest eingetroffen, setzt sich auf eine der aufgestellten Bierbänke. Dem Bündnis „Kray ist bunt“ gehört er seit Beginn an, einerseits in seiner Funktion als Referent der Evangelischen Jugend Essen, andererseits, weil der 38-Jährige auch in der Marienstraße wohnt, gleich gegenüber der Hausnummer 66. Nachbarin Saskia Haße kennt er seit mehr als zehn Jahren. „Wir haben eigentlich eine tolle Gemeinschaft“, sagt er. Wenn nur die Rechtsradikalen nicht wären.

Ab und zu, wenn er mit seinen beiden Söhnen durch die Straßen geht, sieht er die NPD-Funktionäre – im schwarzen Anzug, in Freizeitkleidung, mit Glatze und Springerstiefeln. „Beim Anblick wird einem schon mulmig“, sagt der Jugendreferent. Randlose Brille, grauer Kapuzenpullover, Cargohose – Kai Freudenreich sieht wirklich nicht aus wie einer, der sich Straßenschlachten liefert. Rechtsradikalismus war für ihn bislang „ein ekliges Thema“, mit dem er nichts zu tun haben wollte. Doch dann rückte dieses Eklige ganz nah an ihn heran. „Ihr zieht jetzt um, oder?“, fragten ihn Bekannte und Verwandte. Für sie eine Selbstverständlichkeit.

Aber der Familienvater wollte nicht einknicken und dem Gegner das Feld überlassen. Erstmal abwarten und schauen, was passiert, dachte er sich. Dass sich innerhalb weniger Tage ein Bündnis gegen rechts zusammenschloss, machte ihm Mut. Dass dieses Bündnis im Stadtteil schnell Akzeptanz fand, stärkte dieses Gefühl. „Man merkt: Wir sind viele“, sagt Kai Freudenreich. Er zupft an seinem Kapuzenpullover, hebt die Schultern ein wenig. „Der Mut im Stadtteil ist gewachsen.“ Aber man müsse weiterhin dagegenhalten. Feste wie heute seien deswegen notwendig, um die Solidarität im Quartier zu stärken und die klare Botschaft auszusenden: „Kray ist bunt – nicht braun.“

Beinahe anderthalb Jahre sind seit jenem heißen Herbst 2012 vergangen. Immer noch beschäftigt sich der „Runde Tisch“ mit der Frage, wie der Rechtsradikalismus im Stadtteil einzudämmen ist. Die Treffen finden in den Räumen der Evangelischen Kirchengemeinde Essen-Kray statt. Antifaschisten, Katholiken, Moslems, Grüne, Protestanten und viele andere treffen aufeinander. Debattiert wird bislang nur untereinander. Ist es nicht langsam an der Zeit, das Gespräch mit dem politischen Gegner zu suchen?

„Nicht unbedingt“, sagt Michaela Langenheim. Im Herbst 2012 übernahm sie vertretungsweise die Pfarrstelle der Evangelischen Kirchengemeinde Essen-Kray. Als sie vom Zuzug der Neonazis erfuhr, habe sie das kalt erwischt, erzählt die Pfarrerin. „Ich hatte das Gefühl, von hinten überfallen zu werden.“ Es macht sie sprachlos, dass jemand nach 1945 auch nur ansatzweise mit einer Partei wie der NPD sympathisieren kann. „Angesichts unserer schuldbeladenen Geschichte fehlen mir die Worte.“

Bislang hat es die 47-Jährige nicht als ihre Aufgabe angesehen, den Dialog mit Rechtsextremisten zu suchen. Es verwundert ein wenig, schließlich ist sie Pfarrerin, die doch für alle Menschen ein offenes Ohr haben sollte. Also auch für diejenigen, die sich in ihrer Weltanschauung verrannt haben. In der Bergpredigt fordert Jesus sogar: „Liebet eure Feinde“, und weiter: „Tut wohl denen, die euch hassen“ (Matthäus 5,44). Michaela Langenheim will das bislang nicht so recht gelingen. „Rechts-extremismus führt mich an eine Grenze“, sagt die Pfarrerin. Über das Gebot der Feindesliebe müsse sie neu nachdenken, bevor sie einen Neonazi zum Kaffee bitten könne. „Für mich ist die Feindesliebe kein festgeschriebenes Dogma.“ Sie müsse sich erst bewahrheiten – ganz konkret, auch in Essen-Kray im Jahr 2014. „Dazu brauche ich Gottes Unterstützung, und dafür bete ich.“

Michaela Langenheim will auf ihr Gewissen hören und darauf vertrauen, was sie fühlt. „Nur so bin ich authentisch, und so verstehe ich auch mein Amt.“ Immerhin sehe sie einen Fortschritt insofern, dass sie sich vorstellen kann, mittlerweile „fairer“ in ein Gespräch mit einem Neonazi zu gehen. „Die Zukunft ist aber völlig offen“, sagt Michaela Langenheim. Gut möglich, dass sie sich einem Gespräch verweigert.

Wie sich der Dialog mit der NPD entwickelt, darüber entscheiden in Kray die Bündnispartner des Runden Tisches gemeinsam. Die derzeitige Stimmungslage ist eindeutig: Die Antifa zeigt keine Bereitschaft, NPD-Funktionäre zum Gespräch zu bitten. Ebenso sehen es die meisten Anwohner und große Teile der islamischen, katholischen und evangelischen Gemeinden.

Auch Kai Freudenreich sieht keinen Redebedarf. Er wolle keine politischen Diskussionen mit Menschen führen, die sich bisher als unbelehrbar gezeigt haben. Kürzlich hat er sich ein Internetvideo des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer angeschaut. Cremer betrieb Asylantenschelte, ging hart ins Gericht mit „Zigeunern“ und verharmloste die NSU-Morde. „Wenn ich so etwas höre, muss ich feststellen: Hier fühle ich keinen Auftrag, ein Gespräch zu suchen“, sagt Kai Freudenreich. „Da bin ich total klar für mich.“ Mit dem Feind reden – schwierig. Den Feind lieben – nahezu unmöglich. Der Weg zu den Nazis von nebenan in Essen-Kray ist ein weiter derzeit.



Unscheinbar: der Zugang zur NPD-Geschäftsstelle.



Nachbarin Saskia Haße kann nicht fassen, dass die Nazis bei ihr im Hinterhof sitzen.



Jugendreferent Kai Freudenreich ist von Anfang an beim Runden Tisch dabei.

Die eigentliche Bombe explodierte erst hinterher

Dr. Ali Kemal Gün hat die Opfer des rechtsextremen Anschlags von Solingen behandelt und kennt die Menschen in der Kölner Keupstraße, die vom NSU-Bombenattentat betroffen sind. Das zerbrochene Vertrauen muss wieder aufgebaut werden, sagt der Psychotherapeut. In Solingen ist das gelungen.

Protokoll: Dagmar Paffenholz

Mitten in der Nacht wurde ich wach geklingelt. Ein Team aus vier Psychologen sollte nach dem Brandanschlag in Solingen im Mai 1993 die Opfer und ihre Angehörigen begleiten. Mein Part war die Behandlung des damals 15-jährigen Bekir, des Sohns der Familie Genç. Rund zehn Jahre lang habe ich ihn behandelt. Das Ehepaar Genç hat zwei ihrer Töchter, zwei Enkelinnen und ihre Nichte verloren.

Die gesellschaftliche Grundhaltung nach dem Solinger Anschlag war durch Mitgefühl und Unterstützung geprägt. Die Politik

auf Landesebene war präsent und in ständigem Kontakt mit den Angehörigen. Diese vertrauensfördernde Haltung hat gezeigt: Ihr seid nicht allein. Das hat ihnen ein Sicherheitsgefühl vermittelt, sodass sie in Deutschland geblieben sind. Hier ist nach wie vor ihre Heimat.

Das Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße im Juni 2004 hatte eine völlig andere Dimension. Bereits kurz nach der Tat sagte der damalige Innenminister Otto Schily: „Alle Erkenntnisse deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund,

sondern auf ein kriminelles Milieu hin.“ Der Anschlag habe also keinen rechtsextremen Hintergrund. Dieser Satz hat sich bei den Menschen eingebrannt und eine enorme Verunsicherung ausgelöst. Jahrelang konnte nicht ermittelt werden, wer für den Anschlag verantwortlich ist. Die polizeilichen Ermittlungen konzentrierten sich nur auf Schutzgelderpressung, auf das Drogenmilieu, auf organisierte Kriminalität oder auf einen kurdisch-türkischen, sunnitisch-alevitischen Hintergrund. Polizisten wurden als verdeckte Ermittler in die Keupstraße eingeschleust. Dort wurde die Saat des Zweifels und der Verunsicherung gesät, aus der ein ungeheures Klima des Misstrauens erwachsen ist. Und das, obwohl es schon früh – wie wir erst im Nachhinein erfahren haben – auch einige Hinweise auf einen rechtsextremen Hintergrund gab.

Eines der Opfer hat gesagt: „Die eigentliche Bombe explodierte doch erst nach dem Anschlag.“ Jeder war verdächtig. In den ersten Wochen und Monaten trauten sich die Menschen nicht, auf die Straße zu gehen, in den Geschäften einzukaufen und sich gegenseitig zu besuchen. Die Folgen der Traumata waren allgegenwärtig. Statt die Anwohner psychologisch zu unterstützen, wurden die Opfer wie Täter behandelt, beschuldigt, unter Druck gesetzt und zu Falschaussagen animiert. Das Gefühl der Unsicherheit und des zerstörten Vertrauens wurde dadurch mehrfach verstärkt: Jemand ist gegen mich, ich weiß aber nicht, wer und warum. Ich bin einer Gefahr ausgesetzt, weiß aber nicht, wer mein Gegner ist. Das heißt, es kann jederzeit wieder etwas passieren. Wenn aber ein traumatisierendes Ereignis nicht unmittelbar danach oder innerhalb von wenigen Monaten verarbeitet und behandelt wird, nimmt es – je nach der persönlichen Veranlagung – höchstwahrscheinlich einen chronischen Verlauf. Posttraumatische Belastungsstörungen können lebenslange Folgen haben. Auch die Zeit kann nicht immer alle Wunden heilen.

Wenn ich zurückblicke, nehme ich den Anschlag von Solingen als einen Wendepunkt wahr: Mit ihm hat sich das Sicherheitsgefühl der türkischstämmigen Menschen in Deutschland verändert. Bei den vorangegangenen Anschlägen von Hoyerswerda und Rostock dachte man noch, die Ausschreitungen richteten sich gegen Asylbewerber, nicht gegen Menschen, die schon lange hier leben. Durch Mölln, insbesondere aber durch Solingen, wurde zum ersten Mal deutlich, dass es gegen türkischstämmige Menschen geht. Viele hatten das Gefühl, es kann auch mir passieren. Das ist durch die NSU-Morde noch verstärkt worden. Diese Gefühlslage hat ein kollektives Trauma ausgelöst, nicht im pathologischen Sinn. Es geht um eine sekundäre Traumatisierung. Der betreffende Mensch muss nicht selbst ein traumatisches Ereignis erlebt haben, um traumatisiert zu reagieren. Es reicht aus, wenn er indirekt betroffen ist.

Wir müssen nun die Scherben aufsammeln und versuchen, sie zu kitten. In Solingen ist das gelungen. Das Gegenteil ist bei den NSU-Morden passiert. Man hat die Opfer und Betroffenen nicht nur alleingelassen, sondern sie verunsichert, ihnen Schuldgefühle vermittelt und innerfamiliäre Konflikte verursacht und geschürt. Es wird nicht einfach sein, das wiedergutzumachen. Die Entschädigungen, die gezahlt wurden, sind beschämend. Was wir benötigen, ist ein ernst gemeintes Beziehungsangebot – und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen, die Hintergründe aufgedeckt werden. Wenn das in dem Münchener Prozess nicht geschieht, werden die Menschen weiterhin verunsichert und misstrauisch bleiben und irgendwie in ständigen Angstzuständen leben.



FOTO: LUDOLF DAHMEN

Dr. Ali Kemal Gün, Jahrgang 1962, ist bilingualer psychologischer Psychotherapeut und Integrationsbeauftragter der LVR-Klinik Köln. Er behandelte die Opfer des Brandanschlags von Solingen und leitet seit 1992 die Arbeitsgruppe Migration und Gesundheit des Kölner Gesundheitsamts.

Jede Hilfe ist wünschenswert, auch das Beratungsangebot der Diakonie Köln für die Menschen in der Keupstraße kann eine gute Hilfe sein. Die Flyer sind auf Deutsch, Türkisch und Kurdisch – das zeigt die Sensibilität des Angebots. Aber es ist im Verhältnis zu den Folgen des Attentats nicht ausreichend. Es gibt in Köln-Mülheim keinen einzigen niedergelassenen muttersprachlichen Psychotherapeuten, dabei gibt es dort sehr viele Menschen mit Traumatisierungen oder Sekundärtraumatisierungen. Sie wird man mit diesem Angebot nicht erreichen können. Die Opfer brauchen ein ernst zu nehmendes, konkretes therapeutisches Angebot, im Sinne der muttersprachlichen Traumatherapie. Es fehlt zudem eine Studie über die Folgen des Attentats: Was hat sich dort seitdem verändert? Im Zusammenleben in den Familien, bei den Kindern, in Paarbeziehungen. Sind bei den Anwohnern, Geschäftsleuten und deren Angehörigen seelische, somatische oder psychosomatische Auffälligkeiten zu beobachten?

Vor allem aber muss ein klares Signal gesetzt werden, dass die Opfer ernst genommen werden: Ihr gehört zu diesem Land, ihr seid hier sicher, ihr braucht keine Angst zu haben. Wir werden alles dafür tun, dass so etwas nicht wieder passieren kann. Dieses Gefühl kann nur durch eine maximale Transparenz, Aufklärung und gerechte Bestrafung aller Verantwortlichen vermittelt werden. Den Ergebnissen im Münchener NSU-Prozess kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.

FOTO: FOTOLIA.COM / ANDREAS 130



Pfarrer Dieter Herberth (rechts) kümmert sich besonders um die Roma-Familie Chelu – auch Einkaufen gehört dazu.

Hilfe statt Hetze

Rund tausend rumänische Roma sind vor gut einem Jahr in ein Hochhaus in Duisburg-Bergheim gezogen. Pfarrer Dieter Herberth setzt sich für sie ein. Er erlebt Fremdenfeindlichkeit, Angst und Rassismus bei den Alteingesessenen – und hält mit Worten und Taten dagegen.

Text: Thomas Becker Fotos: Dominik Asbach

Wie er das „R“ rollt. Wie er manche Silben betont. Es klingt ungewöhnlich, fremd. „Sie kommen aber nicht von hier, oder?“ Das wird Dieter Herberth, Pfarrer der Evangelischen Christusgemeinde in Duisburg-Rheinhausen, deswegen öfter gefragt.

Manche sind neugierig, woher er stammt. Bei anderen schwingt Skepsis mit, ein abwertender Unterton, schon bei der Frage. Wenn der 47-Jährige dann erzählt, dass er als Kind deutschsprachiger Spätaussiedler im rumänischen Siebenbürgen aufwuchs, geben die Blicke der anderen ihm zu verstehen: Ach so, kein Roma, dann ist ja gut.

Nein, viele der Alteingesessenen in Duisburg sind nicht besonders gut auf Roma zu sprechen. Mehr noch: Sie sehen die Ordnung gefährdet, fürchten das Chaos. Grund ist ihrer Meinung nach ein Hochhaus, in das im Herbst 2012 etwa tausend Roma eingezogen sind. Quer durch die Republik ist seitdem vom „Problemhaus“ die Rede, von Müllbergen, Lärm und Kriminalität. Ist es wirklich so schlimm?

„Das Problem ist nicht das Haus, sondern die Art, wie wir Zugezogenen begegnen“, sagt Dieter Herberth. Die Haltung vieler Alteingesessener sei geprägt von Fremdenfeindlichkeit, Angst und auch von Rassismus. „Vorurteile werden auf ein ganzes Volk übertragen und ethnisch begründet“, sagt der Pfarrer. Mal zeige sich diese Haltung ganz offen in Gesprächen, mal wortlos mit Blicken.

Ein Ereignis aus dem vergangenen Sommer geht Dieter Herberth nicht aus dem Kopf: Nach der Probe für ein Theaterprojekt, bei dem er als Dolmetscher aushalf, begleitete er Roma-Kinder auf ihrem Weg nach Hause. „Ich habe ’zig böse Blicke auf der Straße geerntet. Das waren Blicke, die töten können.“

Der Pfarrer erkannte Passanten wieder, denen er schon öfter begegnet ist. „Das sind Menschen, die ich wirklich mag“, erzählt er. „Ich fand ihre Reaktionen so unglaublich, dass ich gesagt habe: Hier bei den eigenen Leuten musst du anfangen und ihnen mehr über die Roma erzählen.“

Um Vorurteilen entgegenzuwirken, hält Dieter Herberth seit einigen Monaten Vorträge in Schulen und Kirchengemeinden. Auch an diesem Abend ist er wieder im Einsatz: in einem Gemeindezentrum im Nachbarstadtteil Friemersheim. Rund 20 Interessierte der Evangelischen Frauenhilfe haben sich eingefunden – ein aufmerksames Publikum, das erst einmal zuhört.

„Seitdem der Sozialismus in Rumänien vor etwas mehr als 20 Jahren zusammengebrochen ist, geraten Roma in ihrer Heimat mehr und mehr auf die Verliererstraße“, erzählt der aus Agnetsheln in Siebenbürgen stammende Pfarrer. Viele Roma hätten keinen Zugang zu Bildung, fänden keine Arbeit und seien bettelarm. In der Hoffnung auf ein besseres Leben kämen sie nach Deutschland. Bisher haben viele ihre Arbeit hier als Tagelöhner zu Niedrigstlöhnen angeboten, die meisten hatten keinen Anspruch auf Hartz IV und waren nicht einmal krankenversichert. Lediglich Kindergeld stand ihnen – wie jedem EU-Bürger – als Sozialleistung vom deutschen Staat zu.

Ab dem 1. Januar 2014 hat sich die Rechtslage zugunsten der Menschen aus Bulgarien und Rumänien verändert. Seit diesem Stichtag gilt für sie die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das heißt, sie dürfen nun jederzeit nach Deutschland reisen, um hier zu arbeiten, ohne dass ein Arbeitgeber einen gleich qualifizierten Deutschen bevorzugen muss. Anspruch auf volle Sozialleistungen und Hartz IV erhält, wer mindestens drei Monate in Vollzeit gearbeitet hat, Deutsch spricht und durch



Über das „Problemhaus“ in Duisburg-Bergheim wird in der ganzen Republik geredet.

regelmäßige Bewerbungen nachweisen kann, dass er sich um einen Arbeitsplatz bemüht.

Sozialarbeiter beobachten allerdings, dass die Hürden für den Zugang zu deutschen Sozialsystemen von den Behörden hochgehalten werden. Etwa, indem ein Mitarbeiter der Arbeitsagentur verlangt, dass Roma unverhältnismäßig viele Bewerbungen schreiben müssen. Auch wenn absehbar sei, dass sich die Situation der Roma in Rheinhausen im Vergleich zu 2013 verbessere, sei „Hilfe derzeit dringend nötig“, sagt Dieter Herberth.

Er spricht nicht nur davon. Er bietet auch ganz praktisch seine Hilfe an. Zwei- bis dreimal pro Woche stellt sich der Gemeindepfarrer auf den Innenhof des völlig überbelegten Hochhauses. Zwar sprechen manche von ihnen nur Romanes – die Sprache der Roma – in der Regel könne er sich aber ganz gut auf Rumänisch mit ihnen verständigen, erzählt Dieter Herberth. Oft übersetzt er Briefe von deutschen Behörden, meist vom Arbeits-, Gesundheits- oder Schulamt. „Ich habe viele Familien kennengelernt, die einen hohen Integrationswillen haben“, sagt der Pfarrer. „Man muss den Roma nur etwas Zeit zum Lernen geben, dann werden sie sich hier eingewöhnen.“

Das gilt auch für Leonard Chelu. Der Vater von drei Kindern ist 33 Jahre alt, spricht kein Deutsch, kann weder lesen noch

schreiben und ist fast blind. Um ihn und seine Familie kümmert sich Dieter Herberth besonders. Mit Mitteln der Gemeinde für diakonische Zwecke kaufen er und die Familie mehrmals im Monat Brot, Mehl und alles, woran es sonst noch mangelt. Für den achtjährigen Andrei, der wie sein Vater extrem schielt und bald erblinden könnte, hat der Pfarrer den Kontakt zu Augenärzten hergestellt. „Die Familie ist zwar nicht krankenversichert, aber die Ärzte signalisieren, dass sie den Jungen auch so operieren würden.“

Dass sich Dieter Herberth der Familie annimmt, ist für ihn auch eine Frage des Glaubens. Er betont das nicht extra – vielleicht, um nicht als zu salbungsvoll zu erscheinen. Erst auf Nachfrage zitiert er das Gleichnis vom Weltgericht aus dem Markusevangelium, in dem Gott am Ende über die Werke des Menschen richtet und sagt: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Die geringsten Brüder, das sind die Durstigen, Hungrigen und Bedürftigen. Wie Leonard Chelu und seine Familie. „Wenn es unter den Roma eine Familie gibt, die besonders hilfsbedürftig ist, dann diese“, sagt der Duisburger Pfarrer.

Bei den Treffen mit der Familie hat er erfahren, dass sie wie die meisten zugezogenen Roma in Rheinhausen ursprünglich



Die Roma begegnen vielen Vorurteilen. Die Alteingesessenen sehen durch sie die Ordnung im Viertel gefährdet und fürchten das Chaos.

aus dem Dorf Barbulesti im Süden Rumäniens stammen. Viele Roma konvertierten hier vor gut zwanzig Jahren vom orthodoxen zum pfingstkirchlichen Glauben. Doch Dieter Herberth engagiert sich in erster Linie nicht, weil sie Christen sind, sondern weil sie Hilfe benötigen.

Aber sind die Roma wirklich so bedürftig? Nutzen sie die Hilfe nicht aus? Und gibt es nicht auch Krimelle unter ihnen? Das wird Pfarrer Herberth oft gefragt – auch während der Infoveranstaltung in der Duisburger Nachbargemeinde.

Ja sicher, antwortet er dann, es gebe Gewaltbereitschaft unter den Roma, auch Kriminalität. Fünf Fälle minderjähriger Wiederholungstäter aus dem Hochhaus wurden zuletzt bekannt. Die Angst vor den „Klaukids“ ging danach in der Stadt um. „Gefühlt sind auf einmal alle Roma-Kinder Klaukids“, kritisiert der Pfarrer.

Dabei gebe es doch auch die anderen, die die Mehrheit ausmachen. „Ich habe ganz wunderbare Menschen mit tollen Fähigkeiten kennengelernt“, sagt Dieter Herberth. Leonard Chelu etwa könne fantastisch singen. Sein achtjähriger Sohn Andrei sei sehr gut in Deutsch und Mathe. „Aber auch wenn jemand gar nichts kann“, betont der Pfarrer, „hat diese Person ein Recht, hier in Deutschland zu leben.“



Den Kindern der Familie Chelu tut die Unterstützung gut.

Der Aufklärer

Text: Anne Meyer Foto: Ludolf Dahmen

Wie wird ein junger Mensch zum Neonazi? Darüber kann Hubert Kraus viel erzählen. Der Staatsschützer referiert auch in Kirchengemeinden. Diese sieht er im Kampf gegen rechts besonders in der Pflicht.

Behörden haben ihren eigenen Charme – und wer dort arbeitet, sieht sich bisweilen dem Vorurteil ausgesetzt, ein Langweiler zu sein. Auch das Kölner Polizeipräsidium ist eine Behörde. Doch dort trifft man auch auf Hubert Kraus, Kriminalhauptkommissar, 59 Jahre alt. Schnellen Schrittes eilt er durch die Flure und wirkt mit seiner Lodenweste, den Trachtenknöpfen und der jagdgrünen Hose wie zu Besuch von der Alm. Tatsächlich ist Hubert Kraus ein leidenschaftlicher Bergsteiger. Dutzende von Hüttenpostkarten zieren die Wände seines Büros. Mit ihrer Hilfe versucht der Polizist, ein wenig von der Erhabenheit der alpinen Bergwelt in den beruflichen Alltag zu holen. Bei seiner Arbeit blickt er dagegen oft in menschliche Abgründe.

Hubert Kraus bekommt zum Beispiel Anrufe von Firmen, wenn Mitarbeitende mit ausländerfeindlichen Sprüchen oder szenetypischer Kleidung auffallen. Neulich rief ihn der Leiter einer Jugendgruppe an, weil er im Ortsbild seiner Gemeinde Hakenkreuz-Schmierereien entdeckt hatte. Seit 2009 leitet Kraus die Projektgruppe „Staatsschutz gegen Extremismus durch Prävention“. Der polizeiliche Staatsschutz befasst sich mit politisch motivierten Straftaten, Hubert Kraus speziell mit Links- und Rechtsextremismus. Im Laufe seiner 40-jährigen Polizeikarriere war er in den verschiedensten Dienststellen beschäftigt, zuletzt als Dienstgruppenleiter der Kriminalwache. „Da bekommt man es mit der ganzen Palette der Straftaten zu tun, vom einfachen Diebstahl bis hin zum Mord“, sagt Kraus. Jetzt ermittelt er nicht mehr, sondern versucht zu verhindern, dass Menschen straffällig werden.



Kriminalhauptkommissar Hubert Kraus will durch Aufklärung verhindern, dass junge Menschen ins rechte Milieu abrutschen und straffällig werden.

Es ist ein mühsames Geschäft. Kraus begibt sich in Schulen, hält Vorträge in Behörden und Institutionen, spricht mit vielen Menschen in Kirchengemeinden, bietet Fortbildungen für Lehrer und seine Kollegen vom Wachdienst an. Denn obwohl in den Medien viel über Rechtsextremismus und Neonazis berichtet wird, erkennt nicht jeder das Problem vor der eigenen Haustür. Will es vielleicht auch nicht erkennen. Kraus zitiert Goethe: „Man sieht nur, was man weiß.“ Was in diesem Fall heißt: Als Lehrer kann ich Schmierereien an den Wänden der Schule nur dann als rechtsextrem identifizieren, wenn ich weiß, dass die Zahlenkombination „88“ für „HH“ – „Heil Hitler“ – steht. Und wenn ich als Polizist keine Ahnung davon habe, welche Modemarken unter Rechtsextremen gerade angesagt sind, wird vielleicht nie herauskommen, dass die Schlägerei am Vorabend kein gewöhnlicher Kneipenkrawall war, sondern einen ausländerfeindlichen Hintergrund hatte.

„Wenn ich die Signale nicht rechtzeitig erkenne, ist es vielleicht zu spät“, sagt Hubert Kraus. Dann werden Menschen straffällig, bilden sich kriminelle Vereinigungen wie etwa im oberbergischen Radevormwald. Mitglieder des sogenannten Freundeskreises Rade müssen sich zurzeit vor dem Landgericht Köln verantworten, unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung. An der Razzia, die schließlich zur Anklage führte, war auch Kraus beteiligt. Seine Dienststelle ist nicht nur für Köln, sondern auch für Leverkusen, den Rhein-Erft-Kreis und Teile des Bergischen Landes zuständig. Große Probleme gebe es derzeit nicht nur im Bergischen, sondern auch im Rhein-Erft-Kreis, sagt der Staatsschützer. Dort sind es die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP) sowie der neu gegründete Kreisverband der Partei „Die Rechte“, die Kraus als besonders problematisch einstuft. Der Kreisverband setzt sich vor allem aus Personen der ANP und aus Mitgliedern der 2012 verbotenen Kölner „Kameradschaft Walter Spangenberg“ zusammen. „Die Rechte“ hat nach der Teilnahme an der Bundestagswahl Parteienstatus. „Wir werden aber auch zukünftig stets ein Auge auf sie haben und strafbares Handeln konsequent verfolgen“, sagt Kraus.

Es braucht in der Präventionsarbeit ein feines Gespür für Menschen und einen klaren Blick dafür, wo fragwürdiges Verhalten beginnt. Dass Hubert Kraus beides mitbringt, liegt vielleicht auch in der Familiengeschichte begründet. Sein Großvater, der Bäcker war und streng katholisch, versorgte Juden

während des Nazi-Regimes mit Lebensmitteln. „Meine Oma lebte in ständiger Angst, dass er eines Tages abgeholt wird.“ Der Vater, der im Krieg verwundet worden war und zeit seines Lebens an den Kriegsfolgen litt, duldete keinerlei Kriegsspielzeug für die Kinder im Haus. „Er war sogar dagegen, dass ich später zur Polizei ging. Für ihn war ich ein Waffenträger“, erinnert sich Kraus. Erst heute, wo er sich fast täglich mit Neonazis beschäftigt, fällt ihm auf, wie sehr ihn diese Erfahrungen im Elternhaus geprägt haben. „Das sitzt tief in mir drin, genau wie die Wertvorstellungen aus meinem christlichen Glauben.“

Es verwundert nicht, dass Hubert Kraus die Kirche beim Kampf gegen Rechtsextremismus besonders in der Pflicht sieht. Häufig referiert er in Kirchengemeinden. „Es widerspricht ja schon der christlichen Einstellung, wenn man Nazi-Aufkleber oder Hakenkreuz-Schmierereien in der eigenen Stadt toleriert.“ Kraus denkt häufig lange nach, wägt die Worte ab, bevor er spricht. „Man muss sich auch fragen: Warum wird ein junger Mensch zum Neonazi?“ Das Muster sei immer gleich: Ein junger Mensch sucht seine Stellung in der Gesellschaft und findet sie nicht, schafft die Schule nicht, findet keine Freunde. „Und plötzlich trifft er Menschen, die ihm Bestätigung geben, Vertrauen schenken und ihm auch einen gewissen Erlebniswert bieten. Klar, dass er sich deren Gedankenwelt irgendwann zu eigen macht.“

Der Kriminalhauptkommissar, der mit einer Kirchenmusikerin verheiratet ist und fünf Kinder hat, kann lange davon erzählen, wie junge Menschen zu Extremisten werden. Er findet es wichtig, dass gerade kirchlich Engagierte mehr darüber wissen: „Sie können dieser Entwicklung entgegensteuern, wenn sie die Anzeichen rechtzeitig erkennen“, sagt Hubert Kraus. „Das geht aber nur, indem ich denjenigen nicht aus der Gruppe ausschließe, sondern im Gegenteil, indem ich ihn hineinhole.“ Dann werden die Gemeinden ihrer ureigenen Aufgabe gerecht.

Kontakt

Polizeipräsidium Köln

Kriminalinspektion polizeilicher Staatsschutz

E-Mail: step.koeln@polizei.nrw.de



KARIKATUR: THOMAS PLASSMANN

GEGEN DUMPFE SPRÜCHE

Stammtischparolen kommen aus der Mitte der Gesellschaft.
Der Politologe Klaus-Peter Hufer lehrt, wie man sie kontert

debatte: Herr Hufer, Sie haben ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen entwickelt. Nehmen wir an, ich bin auf einer Feier und jemand aus der Runde behauptet: „Die jungen Ausländer sind alle kriminell.“ Wie sollte ich reagieren?

Klaus-Peter Hufer: Zunächst würde ich ihn fragen, woher er das weiß. Dann würde ich fragen, ob er jemanden kennt, auf den diese Aussage zutrifft. Und drittens würde ich ihn fragen, welche Ausländer er überhaupt meint: Japaner, Türken, Ärzte, Krankenschwestern, Imbissinhaber? Mit diesen drei Fragen würde ich versuchen, den Parolenschwinger zu zwingen, konkret zu werden, mir seine Erfahrung mitzuteilen.

Und dann?

Der nächste Schritt ist, das generalisierende „die“ aufzulösen, das ja immer dahintersteckt: „die“ jungen Ausländer. Das geschieht am besten dadurch, dass Sie noch einmal nachfragen: „Weißt du das aus Statistiken? Hat dir das jemand mitgeteilt? Bist du selbst betroffen?“ Und was ganz wichtig ist: Sie sollten versuchen, die oft schweigend Danebenstehenden einzubeziehen und auf diese Weise Bündnispartner zu gewinnen.

Was ist so schlimm an Stammtischparolen?

Eine Stammtischparole ist eine zugespitzte, vorurteilsbeladene, aggressive Schwarz-Weiß-Zeichnung von Menschen. Sie werden etikettiert und es wird in einer sehr vereinfachenden und dogmatisch verkürzten Form ein hartes, rigoroses Urteil über sie gefällt. Betroffene sind immer gesellschaftliche Gruppen, die „anders“ sind als diejenigen, die diese Parolen äußern.

Wie viel Macht hat der Stammtisch? Ist er wirklich so gefährlich?

Ich glaube schon, denn Stammtischparolen sind in Worte gefasste Vorurteile. Und Vorurteile – das weiß man aus der Forschung – werden oft nicht nur geäußert, sondern es gibt auch Eskalationsstufen. Am Ende stehen dann vielleicht sogar

Gewalttaten. Wir müssen uns eine Zahl vergegenwärtigen: Seit 1990 wurden in Deutschland 148 Menschen umgebracht, die anders lebten, anders dachten, eine andere Hautfarbe, eine andere Religion hatten oder auch nur anders aussahen. Vorurteile haben ein gewalttätiges Potenzial.

Welches Weltbild steht dahinter?

Hinter diesen Parolen steckt ein Weltbild, das fremdenfeindlich ist, das in Tendenzen rassistisch, antisemitisch und antidemokratisch ist. Es ist erbarmungslos unsozial, grenzt Minderheiten aus und stellt dagegen das Ordnungsgefüge einer schweigenden Mehrheit. Wenn man das alles zusammennimmt, kommt man auf ein sehr bedenkliches, weil rechtspopulistisches, in der Tendenz auch ins Rechtsextreme übergehendes Weltbild.

Wer greift zu Stammtischparolen?

Diese Parolen werden nicht von Minderheiten vertreten, sondern sie kommen – wie auch die Gefahr des Rechtsextremismus – aus der Mitte der Gesellschaft. „Stammtisch“ steht nicht für einen bestimmten Ort, sondern eben für die Mitte der Gesellschaft. Stammtischparolen werden allenthalben im Alltag geäußert: in der Kantine, auf Feiern, im Gespräch mit dem Nachbarn, an der Ladentheke, in der Eisenbahn.

Was sind die drei häufigsten Parolen, denen man dort begegnet?

Hufer: Die häufigste Parole ist: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ Das macht deutlich, dass wir zwei Probleme in dieser Gesellschaft haben: zum einen die Arbeitslosigkeit und zum anderen die Begegnung von Menschen verschiedener Kulturen. Die zweithäufigste Parole geht fast in die gleiche Richtung: „Die Ausländer nehmen uns die Frauen weg.“ Dann gibt es eine Vielzahl von Parolen, die antiislamisch sind, beispielsweise „Wir werden überfremdet vom Islam“. Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit oder das Gefühl, von



anderen Religionen und Kulturen bedroht zu werden, zeigen sich sehr häufig in Parolen. Das Spektrum der Motive reicht aber noch weiter – bis hin zu Sexismus, Law-and-Order-Rufen, Demokratiefeindlichkeit, Politikverachtung und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Welche Parole ärgert Sie persönlich am meisten?

Besonders schlimm finde ich, wenn Opfer zu Tätern werden. Das passiert vielfach durch Parolen wie: „Asylbewerber kommen alle nur hierher, weil sie hier besser leben wollen.“ Menschen, die in Verhältnissen leben, dass sie auswandern müssen – und daran sind die Bewohner der reichen Länder ja mit beteiligt – werden hier zu Tätern. Das ist das Perfide an diesen Parolen.

Wie kamen Sie dazu, sich mit Strategien gegen Stammtischparolen zu beschäftigen?

Der Anstoß kam aus meiner beruflichen Tätigkeit. Ich arbeite in der politischen Erwachsenenbildung in einer Volkshochschule. Ich versuchte, ein politisches Bildungsangebot zu entwickeln, das zweierlei leistet: Erstens soll es nicht so streng belehrend daherkommen. Zweitens wollte ich Bedürfnisse aufgreifen, die ich bei vielen festgestellt habe, nämlich im Alltag reagieren zu können und selbst Position zu beziehen. Viele fühlen sich offensichtlich überrumpelt von manchen Sprüchen. Sie sind so überrascht und so blockiert, dass ihnen keine richtige Reaktion einfällt. Die Seminare sind der Versuch, da eine Möglichkeit zu zeigen.

Wie kann ich in Situationen reagieren, in denen ich mich überrumpelt fühle?

Die Frage ist, inwieweit Sie sich kontrollieren können. Parolen werden ja sehr aggressiv vorgebracht und führen auch zu entsprechend emotionalen Reaktionen. Viele sind verunsichert, fühlen sich in die Enge getrieben und können nicht mehr klar denken. Deswegen versuchen wir, das in den Seminaren anhand von Rollenspielen erlebbar zu machen, damit man sich zwar als emotionaler Mensch zeigen kann, aber trotzdem noch die rationale Kontrolle behält. Das ist nicht einfach, gerade weil es eben so zugespitzt aggressiv zugeht. Aber das kann man lernen, das kann man auch üben.

Worauf sollte ich mich auf keinen Fall einlassen?

Es gibt in jeder Diskussion eine Grenze. Beispielsweise wenn jemand sagt, Auschwitz sei eine Lüge. Das ist die schlimmste aller Parolen. Dann darf man der Person, die das sagt, nicht noch so eine Art Salonfähigkeit bescheinigen, indem man darüber diskutiert. Da gibt es einfach eine Grenze. Dann sollten Sie aufstehen, deutlich protestieren und die Runde verlassen. In diesem Fall könnten Sie sogar weitere Schritte einleiten, denn Auschwitz zu leugnen ist strafbar. Bei anderen Parolen lohnt es sich sicherlich, zu diskutieren. Es gibt aber auch dort irgendwann einen Punkt, wo es keinen Sinn mehr hat. Mir fällt da Martin Luther ein, der gesagt hat: „Mach's Maul auf, sprich's grad raus, hör bald auf!“ Das ist sicher auch für den Umgang mit Stammtischparolen eine ganz gute Empfehlung.

Haben Sie Ihre Methoden in der Praxis getestet? Funktionieren sie?

Sie funktionieren schon. Das bestätigen Seminarteilnehmer. In den Seminaren versuche ich, die Verhaltensmuster erkennbar zu machen, die für eine solche Situation typisch sind. Wichtig ist, sich von der Vorstellung zu lösen, man könne gar nicht angemessen reagieren. Wenn jemand mit einer aggressiven Parole kommt, braucht es etwas Zeit, bis man sich emotional sortiert und seine Fragen und Argumente gesammelt hat. Das ist überhaupt nicht einfach. Das heißt also, man hat von vornherein ein Handicap. Aber sich dessen bewusst zu sein, dass dies in der Natur der Sache liegt, bedeutet auch, unabhängiger und damit auch freier zu werden.

Das lässt sich trainieren?

Aber ja, das muss man trainieren – und das tun wir in den Seminaren. Ich möchte allerdings nicht zu so einer Art heroischem, zivilcouragiertem Harakiri auffordern. Es gibt Situationen, wo es einfach zu gefährlich ist, einzugreifen. Dann muss man andere Mittel finden, als argumentativ oder rhetorisch einzusteigen. Ein Anruf mit dem Handy unter der Nummer 110 ist dann sinnvoller.

Interview: Ulrike Klös

Linktipp

Rechtsextrem – zwischen Lifestyle und Gewalt: Das Seminar zum Thema Stammtischparolen im Duisburger Jugendzentrum Kiebitz e.V.

www.youtube.com/watch?v=1SVmqUIHk6s



FOTO: WOCHENSCHAU VERLAG

Buchtip

Klaus-Peter Hufer, **Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus**, Wochenschau-Verlag, 5. Auflage 2009, 10 Euro

Dr. Klaus-Peter Hufer ist Politologe und Erziehungswissenschaftler. Er arbeitet in der Erwachsenenbildung an der Kreisvolkshochschule Viersen und ist außerplanmäßiger Professor an der Universität Duisburg-Essen.



FOTO: DOMINIK ASBACH

BREITER WIDERSTAND

In der Region Aachen ist die rechte Szene besonders aktiv.
Die evangelische Kirche setzt deutliche Zeichen dagegen

debatte: Sie predigen in Ihren Gottesdiensten gegen rechte Gewalt und gehen zu Gegendemonstrationen auf die Straße. Warum?

Hans-Peter Bruckhoff: Als Christ und Theologe sehe ich mich in der Pflicht, gegen das Menschenbild vorzugehen, das rechte Gruppierungen verbreiten wollen: ein Bild, das menschenverachtend und gotteslästerlich ist. Es ermöglicht nicht die Art der Gemeinschaft, die Gott gewollt hat und die Jesus in seiner Tischgemeinschaft mit Reichen und Ausgestoßenen, Frommen und Verachteten, Einheimischen und Ausländern gelebt hat. Dieses Bild geht mir oft durch den Kopf. Ich träume von einer langen Tafel quer durch Aachen, an der jeder Mensch seinen Platz findet. Vielleicht kann daraus mal eine gemeinsame Aktion werden. Allzu oft reagieren wir ja nur auf die Provokationen von rechtsextremen Gruppen. In der Städteregion Aachen ist die rechte Szene innerhalb von Nordrhein-Westfalen besonders aktiv. Wie reagiert der Kirchenkreis Aachen darauf?

Gemeinsam mit den katholischen Christen im Bistum Aachen haben wir im Jahr 2009 die Initiative „Kirche gegen rechts“ gegründet. Wir wollen damit unseren Beitrag zu mehr Aufklärung und einer Vernetzung der vielen unterschiedlichen Initiativen gegen rechte Gewalt leisten. Und natürlich wollen wir damit zivilgesellschaftliche Zeichen setzen.

Wie können solche zivilgesellschaftlichen Zeichen aussehen?

Gemeinsam mit der türkisch-islamischen Gemeinde Aachen haben wir im Sommer 2012 beispielsweise ein Richtfest für die neue Yunus-Emre-Moschee im Ostviertel gefeiert, gegen die rechte Gruppen im Vorfeld gehetzt hatten. Wir haben uns bei anderer Gelegenheit an einen Tisch mit dem Fußballverein „Alemannia Aachen“ gesetzt, um über den Umgang mit Fans aus der rechten Szene und die Konflikte im Stadion zu sprechen. Regelmäßig sind wir auch mit der Stadt Aachen und der Polizei im Gespräch. Rechtsextremismus ist ebenfalls Thema in unserer Jugend- und Konfirmandenarbeit und in der Erwachsenenbildung. Wir sind auch bei den friedlichen Demonstrationen dabei, die wir – zusammen mit anderen Organisationen – den Aufmärschen rechter Gruppen entgegensetzen wollen. Die eigentliche Arbeit geschieht aber in den Gemeinden.

Wie unterstützen Sie die Gemeinden in ihrem Engagement, etwa die Gemeinde Stolberg, die in den vergangenen Jahren stark betroffen war?

Vor allem, indem wir möglichst viele Menschen aus dem Kirchenkreis Aachen mobilisieren, an den Gegenprotesten teilzunehmen.

Ich selbst bin regelmäßig dabei. In Stolberg ist das der ökumenische Kreuzweg, der immer an einem Freitagabend im April stattfindet – als Gegenbewegung zu dem jährlichen Aufmarsch der Neonazis. Der ökumenische Kreuzweg zieht durch die ganze Stadt und ist zu einer Art Markenzeichen für Stolberg geworden. Für mich findet die eigentliche Auseinandersetzung mit rechts-extremistischen Tendenzen aber nicht bei den Demonstrationen statt, für mich ist das vielmehr eine soziale Frage.

Was müsste sich in Deutschland ändern?

Wir dürfen nicht länger einen Teil der Menschen abhängen, sondern müssen für gleiche Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit sorgen. Solange es immer noch Jugendliche gibt, die ohne Perspektive dastehen, bereiten wir der rechten Szene einen Nährboden, den sie geschickt nutzt, um junge Menschen zu gewinnen. Die Kirchen müssen Orientierung geben, damit Menschen nicht in Ressentiments gegenüber ausländischen Mitbürgern verfallen. Die Gemeinden im Kirchenkreis Aachen setzen sich zum Teil sehr aktiv in der Integrationsarbeit ein, so engagieren sich beispielsweise Aktive in der Gemeinde Hoengen-Broichweiden für bessere Lebensumstände der Asylbewerber. Außerdem arbeiten wir im Kirchenkreis Aachen an einer länderübergreifenden Resolution für eine humanere Flüchtlingspolitik in der EU mit. Wir werden sie auf der nächsten Synode vorstellen.

Wie beurteilen Sie die Erfolge Ihrer Arbeit?

Natürlich flackern die Aktivitäten rechter Gruppen immer wieder auf, gerade in Stolberg. Aber die Menschen in Aachen haben bewiesen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen. Überall zeigt sich breiter Widerstand. Neonazis können hier nicht so leicht Fuß fassen.

Interview: Jutta Oster

Pfarrer Hans-Peter Bruckhoff, Jahrgang 1958, ist Superintendent des Kirchenkreises Aachen.



FOTO: EV. KIRCHENKREIS AACHEN



FOTO: MICHAEL KLARMANN

Der ökumenische Kreuzweg in Stolberg setzt ein Signal gegen den sogenannten „Trauermarsch“ der Neonazis.

Die Situation in Stolberg

Ein Termin Anfang April steht in jedem Jahr fest im Kalender von Andreas Hinze, Pfarrer in der evangelischen Gemeinde Stolberg im Kirchenkreis Aachen: der des ökumenischen Kreuzwegs. Der Gang durch die Stadt ist auch ein politisches Signal. Die Teilnehmer wollen ein deutliches Zeichen setzen gegen den sogenannten „Trauermarsch“ der Neonazis, die sich zur selben Zeit in Stolberg versammeln. Den Kreuzweg geht die Kirchengemeinde – zusammen mit den katholischen Christen – bereits seit dem Jahr 2009. Jedes Mal sind zwischen 700 und 1200 Teilnehmende dabei. Er ist nur eines der Protestsignale, das die Gemeinde gegen rechts setzt.

In Stolberg ist die Neonazi-Szene besonders aktiv. Der alljährliche „Trauermarsch“ gehört zu den großen Ereignissen rechts-extremer Gruppen in Nordrhein-Westfalen, seit hier während eines Streits am 4. April 2008 ein Berufsschüler erstochen wurde. Den Angriff erklärte die Szene zu einem Mord aus Deutschenfeindlichkeit, weil der Täter nicht aus Deutschland stammt. Seitdem marschieren hier Anhänger der NPD und der

„Freien Kameradschaften“ auf. Sie reisen aus dem gesamten Bundesgebiet an.

Im Jahr 2013 blieb die Stadt erstmals nach fünf Jahren nazifrei. Pfarrer Andreas Hinze kann das dennoch nicht als Erfolg werten: Lediglich wegen eines Formfehlers wurde die Versammlung der Neonazis von den Behörden nicht genehmigt. Für 2014 rechnet Hinze wieder mit dem Aufmarsch. Die evangelische Gemeinde in Stolberg setzt sich daher weiterhin gegen rechts ein. Sie beteiligt sich an dem „Stolberger Bündnis gegen Radikalismus“, das zu Gegendemonstrationen und Kundgebungen aufruft, und greift das Thema regelmäßig in Gottesdiensten, in der Jugend- und Konfirmandenarbeit und in der Erwachsenenbildung auf. Zu viel Aufmerksamkeit will Pfarrer Andreas Hinze den Rechten aber auch nicht schenken: „Man muss sie nicht größer machen, als sie sind.“ Für ihn als Christ ist es selbstverständlich, „der menschenverachtenden Ideologie der Rechten etwas entgegenzusetzen. Die evangelische Kirche muss ihren Beitrag dazu leisten“.

Jutta Oster

Mehr Durchblick für alle!



Kompakt und informativ – das bpb:magazin

Mit Berichten, Interviews und Hintergrundinformationen zu Themen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.

Außerdem: ein Überblick aller Veranstaltungen, Publikationen und Multimedia-Angebote.

Aktuelle Ausgabe #4: Aktiv gegen Rechtsextremismus

Neu im März 2014: **Ausgabe #5**

Abo unter: **www.bpb.de/magazin**, **magazin@bpb.de**